

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhofs 4196/4198



Abdruck für Berlin und Gegend:
Berlin SO 61, Dönhofsplatz 6
Druckverlag: Copation

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Seiten vor dem Erscheinen, muss nicht anders beschriftet u. gekennzeichnet für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 11. Februar 1930

Führer oder Phraseur?

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Hugenberg auf der Reichstagstribüne. Endlich hat er sich einmal der Volksvertretung gestellt. Eine Rede des sozialdemokratischen Fraktionsführers Dr. Breitscheid hat den neuen Herzog der Deutschen, Alfred den Befreier, in die parlamentarische Front gerufen.

Der ein Befreier? Ach, nur ein befreiendes Lachen erschütterte das Haus. Das also ist der beste Kopf der deutschnationalen Reichstagsfraktion? Obwohl es schwer hielt, ernst zu bleiben, wäre es doch wohl besser gewesen, nicht zu lachen. Schämen muss sich das ganze Parlament, dass dieser lederne Kriegervereinsredner von anno Tobak zum Sprecher einer grossen Fraktion werden konnte. Schämen muss sich das ganze deutsche Volk, dass in aussenpolitischen Schicksalstagen ein aus der Vorkriegszeit versehentlich stehen gebliebener Geheimrat die Intelligenz der deutschen Nation vor der ganzen Welt blosstellen darf. Das empfand der Deutsche Reichstag sehr wohl. Darum gab es einen Beifallssturm nicht für den vorlesenden Finanzrat a.D. Alfred Hugenberg, sondern für einen schlagfertigen Zwischenrufer, den sozialdemokratischen Abgeordneten Kuhnt, der sich in einer impulsiven Aufwallung plötzlich neben den Redner stellte und mit einer Geste zu den Deutschnationalen sprach: "Das also ist Euer Führer!" Es war das Urteil von über vierhundert Abgeordneten, das in diesen paar Worten lag. Es ist bestimmt auch die Meinung von Dutzenden deutschnationalen Volksvertretern. Aber was sollen sie machen, die armen Kerle? Ein Teil ist irgendwie Komais in den weitverzweigten Geschäften des Inflationsgewinners. Die ganze Gesellschaft aber fürchtet sich vor der Presse dieses Hugenberg. Also tun sie, als merkten sie nicht, wie hohl die Phrasen dieses überalterten Festredners sind.

Schon Hugenbergs Auftritt wurde zu einer Komödie mit Rüpel Szenen seiner Clowns. Der nationale Heros-Ersatz rühmte sich, dass er schon im Jahre 1920 den Ruhrreinmarsch vorausgesagt habe. Als der sozialdemokratische Abg. Wels ihm den unbestreitbar richtigen Zuruf machte: "Na, Sie haben doch genug daran verdient", wurde die Rechte tobsüchtig. Die Grossverdiener empfanden auf einmal das Geld verdienen als einen schmachvollen Vorwurf. Der Deutschnationale Quatz schien überschnappen zu wollen. Hugenbergs Bundesbrüder aber, die Nationalsozialisten, brüllten "Besoffene Schweine" und Erinnerungen an das erfolgreiche Absolvieren völkischer Studentenkneipen in den Saal. Präsident Löbe wies zwei der Flegel, Stöhr und Strasser, hinaus. Die Luft war reiner, das Bild war sauberer, als die beiden gegangen waren.

Und nun las Herr Alfred Hugenberg und las und las, was er sich daheim auf seinem Rittergut in Westfalen in harter Geistesarbeit aufgeschrieben oder sonst irgendwo hat aufschreiben lassen. Kein Wort gegen die vorausgegangene Rede des Aussenministers. Keins gegen die Argumente Breitscheids. Aber auch kein Wort für die Befreiung der Rheinlande. Keins zu der Forderung Breitscheids, dass das Saargebiet bald wieder ganz zu Deutschland kommen müsse, dass die Saargruben wieder deutscher Staatsbesitz werden müssen. Ach, wie uninteressant ist das alles diesem Manager zweifelhafter Filme und noch zweifelhafterer Berliner Nacht

ausgaben. Der journalistische Förderer weltstädtischen Kokottenlebens predigte über deutsche Kultur und nationale Moral. Der kleine Parteytyrann, der jeden Mann mit eigener Meinung aus seiner Fraktion hinausbefördert, der verhinderte Diktator, der den Massen des deutschen Volkes alle bürgerliche Freiheiten nehmen will, phantasierte von deutscher Freiheit. Er meint die Freiheit, für sich und seine Gleichen die Peitsche über das deutsche Arbeitsvolk schwingen zu dürfen. Aber sein Tag wird nicht kommen, sein Ideal eines allgemeinen deutschen Kasernenhofes wird nie Wirklichkeit werden.

Was hat der Mann nun gesagt, von dem immerhin sechs oder sieben Millionen wahlmündige Deutsche glauben, dass er aussenpolitisch führen könne? Er hat nicht gesagt. Das ist die lautere Wahrheit. Der Aussenminister, Dr. Breitscheid, Dr. Brüning vom Zentrum und andere erinnerten beinahe mit Wehmut an Helfferich. Der war mehr als unser Gegner. Er war unser Feind und wir spürten seinen heissen Hass. Aber auch im wildesten Kampfe gestanden wir ihm noch zu: ein Mann von Format! Ein Kenner und ein Könner. Dieser Hugenberg aber - wo ist der seiner Verehrer, der aus seiner Rede den Beweis auch nur dafür liefern könnte, dass dieser Sprecher der Opposition die umfangreichen Younggesetze auch nur angeblättert hat?

Der Aussenminister Dr. Curtius und andere Redner nach ihm stellten fest, dass Hugenberg nicht die Spur eines Vorschlages gemacht hat, was geschehen soll, wenn der Youngplan abgelehnt wird. Hundertfach ist Hugenberg während seiner Rede durch Zwischenrufe aufgefordert worden, sein Programm, seinen Ausweg, seine aussenpolitische Linie zu entwickeln. Er schwieg. Er musste schweigen, weil dieser aufgeblasene Deklamator, weil alle Deutschnationalen, weil alle Nationalsozialisten, weil alle Kommunisten, weil die ganze lächerliche Opposition innerlich froh ist, dass andere die Verantwortung übernehmen. Sie reden, um zu verwirren. Hugenberg weiss keine andere Aussenpolitik, wie Westarp keine andere gewusst hat. Wäre die Annahme der Younggesetze ernstlich gefährdet, würde Hugenberg ebenso brav die genügende Anzahl deutschnationaler Freiheitsschwätzer für Young abkommandieren wie Westarp im Jahre 1924 die Hälfte seiner Fraktion in die Daweslinie einschwenken liess.

So sonderbar es klingt, so wahr ist es: die sachliche Kritik am Youngplan würde nicht von der nationalen Opposition sondern von Rednern der Regierungspartei geübt, Breitscheid und in Einzelheiten noch mehr Dr. Brüning vom Zentrum liessen nichts von Begeisterung für die Younggesetze spüren. Der Zentrumsführer ging in seiner kritischen Betrachtung hart bis an den Rand des für eine Regierungspartei Möglichen. Wo war in diesen Reden auch nur etwas von Unterwerfungswillen? Aus allem sprach nur der Zwang, einen harten Weg weiter zu gehen, wenn man nicht vorziehen will, gedanken- und verantwortungslos in einen Abgrund zu stürzen.

Noch eine Vorlesung nach Hugenbergs Muster gab es: Dem Herrn Thälmann von den Kommunisten war von irgend einer Zentrale etwas aufgeschrieben worden. Er leierte es her, in stetem Kampfe mit Fremdwörtern, die ihm die Lieferanten seines Geistes vermutlich aus Bosheit in das Manuskript geschmuggelt hatten. Unter totaler Unaufmerksamkeit seiner Fraktion, für die, wie man weiss, die Weltrevolution erst wieder auf der Tagesordnung steht, wenn die kommunistischen Parteibetriebe an zahlungsfähige Kapitalisten verknopft sind.

Was ist das doch für ein unehrliches Gerede dieser Scheinopposition! Die Younggesetze müssen verabschiedet werden. Die ganze Opposition ohne Ausnahme weiss es, und doch tun sie alle so, als wüssten sie es nicht. Denkbar wäre wohl, dass leidenschaftliche Nationalisten sich aufbäumten gegen so riesenhafte Kriegsschulden. In Hugenberg ist solche Glut wahrhaftig nicht. Sehen wir aber von all diesen unwahrhaftigen Phraseuren ab, so müssten wir auch dem ehrlichsten Nationalisten noch sagen: Euer Geist, der nationalistische Wahn, der unheilige nationale Egoismus, der Glaube an die Gewalt hat den Krieg herbeigeführt. Die Völker Europas zahlen für ein halbes Jahrhundert nach dem Kriege dieselbe Riesenmilliardensumme an Kriegsschädigung und Schuldentilgung, die sie ein halbes Jahrhundert vor dem Kriege im Wettrüsten vergeudet haben. Gewiss, es ist Wahnsinn, aber noch immer leben in aller Welt Millionen von Menschen, die diesen Wahnwitz anbeten wie Kannibalen ihre Götzen.

Die Prediger dieses blutigen Wahns aber reden in allen Sprachen genau wie dieser Alfred Hugenberg und sind genau so hasserfüllt, genau so beschränkt und deshalb genau so gemeingefährlich wie er.

SPD. Paris, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Die "Liberté" behauptet am Dienstag, die Entführung des Generals Kutiepow sei von Berlin aus organisiert worden, und zwar durch den berüchtigten Janowski, jenen früheren Vertrauensmann der GPU in Paris, der nach der Besse-dowski-Affäre zur Übersiedlung nach Berlin gezwungen wurde. Die beiden GPU-Agenten, die das Attentat durchführten, seien zu diesem Zweck eigens von Berlin nach Paris gekommen und am folgenden Tage bereits über die Schweiz nach Sowjetrussland geflüchtet. Die "Liberté" behauptet sogar, dass die französische Polizei bereits die Namen der beiden Täter ermittelt habe. Der falsche Polizist, der bei der Entführung mitgewirkt haben soll, sei ein französischer Kommunist gewesen; der Chauffeur des Entführungsautos ein von den Bolschewisten gekaufter weissrussischer Emigrant.

Die Sensationsmeldungen der "Liberté" sind natürlich mit grösster Vorsicht aufzunehmen.

SPD. Die Besprechungen der Regierung mit den Finanzsachverständigen der Regierungsparteien über den Haushalt für das Jahr 1930 haben am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer begonnen. Der Reichsfinanzminister gab zunächst eine Übersicht über den Gesamtbedarf. Die Höhe des durch neue Einnahmen zu deckenden Fehlbetrages hänge von der Höhe der Schuldentilgung ab. Bisher sei beabsichtigt gewesen, neben den 450 Millionen für die Schuldentilgung den Fehlbetrag von 1928 in Höhe von 154 Millionen zu tilgen. Es bestehe aber auch die Möglichkeit, die 154 Millionen in die 450 Millionen einzurechnen, also nur 450 Millionen Schuldentilgung im Jahre 1930 vorzunehmen und nicht 604 Millionen. Eine Entscheidung über diese Frage wird jedoch erst getroffen werden, wenn die Unterhändler ihren Fraktionen berichtet haben.

Im weiteren Verlauf der Aussprache beschäftigte man sich mit der Deckung der Fehlbeträge der Arbeitslosenversicherung. Ursprünglich war geplant, das Schicksal der einzelnen Sozialversicherungsträger enger miteinander zu verflechten, und zwar dadurch, dass denjenigen Sozialversicherungseinrichtungen, die Überschüsse haben, die gesetzliche Pflicht zur Deckung der Fehlbeträge der anderen auferlegt werden sollte. Dieser Vorschlag stiess auf scharfe Ablehnung bei allen Regierungsparteien. Jetzt steht ein neuer Plan zur Diskussion. Das Reich soll der Invaliden- und Angestelltenversicherung aus seinem Besitz der Vorzugsaktion der Reichsbahn den Betrag von 250 Millionen verkaufen, wobei das Reich die Garantie für einen etwaigen Kursverlust bei Wiederverkauf zu übernehmen hätte. Der Aktienbesitz in Händen der Versicherungsanstalten könnte zu etwa 75 % lombardiert und so für die Bautätigkeit flüssig gemacht werden. Dieser Plan findet bei Zentrum und Demokraten weitgehende Zustimmung. Die Bayerische und die Deutsche Volkspartei lehnen ihn nicht grundsätzlich ab. Starke Bedenken werden von der Sozialdemokratie geltend gemacht, und zwar in erster Linie, weil keine Gewähr besteht, dass die Transaktion auf 1 Jahr beschränkt bleibt. Würde sie im nächsten Jahre wiederholt, so würden sich Gefahren für die Rentenleistungen der Sozialversicherung ergeben.

Die Besprechungen über diese Frage und die übrigen Etatprobleme werden fortgesetzt.

SPD. Wien, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Montag-Abend wurde auf die Schriftleitung der faschistischen "Popolo di Triesti" in Triest ein Anschlag verübt. Die Wiener "Neue Freie Presse" berichtet darüber:

"Eine von unbekanntem Tätern auf dem Treppenabsatz des ersten Stockwerkes mittels Zündschnur zur Entzündung gebrachte Granate explodierte unter lautem

Getöse. Vier Personen fielen dem Attentat zum Opfer. Dem Redakteur Neri musste sofort beide Beine amputiert werden; er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Ferner wurden zwei Korrektoren und ein Redaktionsbote schwer verletzt. Durch den Luftdruck wurden alle Fensterscheiben zertrümmert. Die Splitter der Granate zerrissen Mauern und Türen; auch die Treppe wurde zerstört. Von den Tätern fehlt jede Spur. In faschistischen Kreisen nimmt man an, dass es sich um den Racheakt einer jugoslawischen nationalistischen Organisation handelt."

SPD. In Ermangelung anderer Siegesberichte melden die deutschen Kommunisten ihren russischen Auftraggebern grosse Erfolge bei ihren Versuchen sozialdemokratische Mitglieder zu gewinnen. Ja, es werden gleich die Übertritte ganzer Ortsgruppen verzeichnet. So meldete die russische Presse am 4. Februar aus Berlin, dass die "gesamte Ortsgruppe der SPD. Zipplau" zur KPD. übergetreten sei. Die früheren sozialdemokratischen Gemeindevertreter "Zipplaus" bildeten jetzt eine kommunistische Fraktion.

In Wirklichkeit gibt es in ganz Deutschland kein "Zipplau", auch nicht einen Ort ähnlichen Namens. Überflüssig zu betonen, dass ein Übertritt der gemeldeten Art überhaupt nirgendwo vorgekommen ist.

SPD. Hannover, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Bezirkssekretär der KPD Möller, genannt Richthofer, und der politische Redakteur des hiesigen Kommunisten-Blättchens, Bottländer, sind seit Montag verschwunden. Man nimmt an, dass sie auf Grund einer Anzeige an die Polizei, nach der sie ein Mordkomplott gegen den Kommunisten Erich Schmidt inszeniert hatten, nach Russland verduftet sind. Schmidt trat in dem kürzlich beendeten Hannoverschen Bombenattentäter-Prozess als Zeuge auf und belastete die KPD ausserordentlich schwer.

Gegen Möller und Bottländer liegt gleichzeitig eine Anzeige wegen Anstiftung zum Meineid vor. Sie sollen in dem Bombenattentäterprozess zahlreiche Mitglieder der Kommunistischen Partei Hannovers zu falschen Zeugenaussagen veranlasst haben.

SPD. Genf, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Bern übermittelte dem Völkerbündnissekretär als Antwort auf die Einladung zur Zollfriedneskonferenz eine mit grosser diplomatischer Umständlichkeit und Zurückhaltung abgefasste Stellungnahme des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten, in der die offizielle Teilnahme an den Beratungen abgelehnt wird. Amerika wird jedoch einen Beobachter entsenden.

Beachtung verdient der Schlussabsatz der amerikanischen Erklärung, in dem betont wird, dass Amerika seine Sympathien nur einer Aktion schenken werde, die keinerlei "diskriminatorische Mittel", d.h. keine Verteidigungsmassnahmen gegen die Aussenseiter in sich schliesst.

SPD. Dem auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Verteidiger der Beklagten im Jornsprozess Paul Levi wurden am Dienstag von dem Vorsitzenden des Gerichts und dem Gegenanwalt Justizrat Löwenstein, warme Worte der Anerkennung und der Trauer gewidmet. Der Beklagte hat keinen neuen Verteidiger zugezogen; er verteidigt sich selbst.

Löwensteins Plädoyer dauert beinahe 4 Stunden - aber selten hat man ein so inhaltsarmes Plädoyer gehört wie dieses. Da wird der alte Verdacht noch einmal aufgewärmt, dass der Artikel im "Tagebuch" ein blosser Racheakt gewesen sei - ein Racheakt des von Jorns wegen Landesverrat verfolgten pazifistischen Schriftstellers Berthold Jacob. Da werden Staatsanwalt Orthmann und der damalige Vorsitzende des Kriegsgerichts, Oberregierungsrat Ehrhardt, als Gewährsmänner herbeigezogen für die angeblich antadelige und streng sachliche Untersuchungsführung des Jorns. Ihn soll der Reichsgerichtspräsident Ebermayer nur wegen seiner "hervorragenden Qualitäten" ins Reichsgericht berufen haben. In seinem Eifer verstieg sich Löwenstein schliesslich zu folgendem Satz: "Wenn das Gericht den Wahrheitsbeweis für geglückt ansieht, muss es von rechts wegen den Nebenkläger wegen Amtsmissbrauch und Meineid anklagen." Dann spricht er noch davon, "dass die Behandlung von zwei Fällen, die zu derselben Zeit und von demselben Ort aus verübt worden sind, in eine Hand gelegt wurden, ist selbstverständlich." Weniger "selbstverständlich" ist es, dass Jorns dann nicht von vornherein beide Taten als zusammengehörig erkannt und dementsprechend seine Untersuchung geführt hat. Aber noch viel grotesker ist die Behauptung: "Ebenso gut wie Vogel hätten Ebert, Scheidemann und Heine verhaftet werden müssen, die der Anstiftung zur Tat bezichtigt worden sind."

Der Beklagte Bornstein lehnte es ab, auf die "juristische Beweisführung" des Gegenanwalts einzugehen. Er erklärte, dass ausschliesslich sachliche Motive ihn zur Veröffentlichung des Angriffs auf Jorns veranlasst hätten. Zu dem Punkt "Verdrängung des Kriegsgerichtsrats Kurtzig von Jorns", die die erste Instanz nicht hatte zugeben wollen: am 16.1. wird Kurtzig berufen - am 18.1. geht Jorns zu den Gerichtsherren und beantragt Kurtzigs Entfernung. Dabei hätte doch schon am 16.1. der Zusammenhang der beiden Fälle festgestellt werden können. Hätte er sich nicht über die Unterstützung durch den Kollegen freuen müssen? Hat Jorns wirklich nichts in der Sache Liebnecht unternehmen können, dass er erst am 20. die erste Vernehmung anordnete? Die Intrige gegen den Kollegen war ihm offenbar wichtiger. Der eine hatte gezeigt: ich nehme es ernst mit der Untersuchung und war deshalb bei den Offizieren verhasst; der andere: von mir habt ihr nichts zu befürchten. Er setzte sich mit den Mördern an einen Tisch und blieb ihr Freund und Vertrauter.

Was war geschehen, das den Verdacht gegen den auf Befehl des Divisionskommandeurs Lüttwitz verhafteten Vogel entkräftete und ihn und den Pflugk-Hartung aus der Haft befreite? und was hielt Jorns davon ab, das Hotel-Personal das er unmittelbar zur Hand hatte, zu verhören? Doch offenbar nur der Umstand, dass er den Offizieren mehr glaubte als dem "Zivilpack". Er besass "die Kunst, sich Augen und Ohren zu versperren". In der ersten Instanz hatte Jorns selber zugegeben, dass die Offiziere "zusammenhielten wie Pech und Schwefel." - Diesmal rühmt er den Divisionsstab, der "tadellos funktionierte". Was ist nun richtig? Er liess durch den Bruder des Liebnecht-Mörder, Pflugk-Hartung, den Runge verhaften - und prompt gibt dieser Offizier dem Leutnant Lieppmann den Befehl, Runge verschwinden zu lassen.

Und die "Entfernung der Beisitzer"? Bei beiden Metallarbeiter Rusch und Wegmann durchschauen sofort das Offizierskomplott, und schon wurden sie ausgebootet. Es ist ein "Spiel mit verteilten Rollen" wenn der angeblich kranke Pabst erst im Krankenzimmer allein vernommen wird, dann noch ein zweites Mal, als er eine dringende dienstliche Reise vortäuscht, die er in Wahrheit gar nicht ausgeführt hat. Die Bekundungen Lieppmanns hätten unbedingt in das Zimmer desselben Pabst führen müssen, erst recht die Aussagen des Pieck, um den sich Jorns selbstverständlicherweise überhaupt nicht gekümmert hat. "Bejammerswort" ist die Entschuldigung: "Ich habe von nichts gewusst!" Der Halbidiot Runge hat es gemerkt, was gespielt wurde - der wegen seiner "hervorragenden Qualitäten" ins Reichsgericht berufene Herr Jorns aber nicht! Auch den Briefwechsel Pabst mit dem Führer des Freikorps, in dem sich Runge unter falschem Namen aufhält, hat sich Jorns nicht zeigen lassen. - So blind war sein Ver-

trauen in das Haupt der Mörderbande, in Pabst! "Jorns war vor 10 Jahren entweder so untüchtig, dass er Schwarz von Weiss nicht unterscheiden konnte - oder er steckte mit Pabst unter einer Decke."

Zum Punkt: "Untersuchungsgefängnis": Nie hat Jorns trotz wiederholter Anzeigen einen Fuss in die Militärarrestanstalt gesetzt, nie eine Beschwerde über die Zustände in diesem "fidelen Gefängnis" an den Oberst Reinhardt, an den Kriegsminister, oder an die Reichsregierung gerichtet, obwohl er für das Wohl und Wehe der Häftlinge verantwortlich war. Auch der Brief Noskes, in dem ausdrücklich die Verhütung der Flucht Inhaftierter gefordert wurde, hat nicht den geringsten Eindruck auf Herrn Jorns gemacht. Folglich war Jorns mit schuldig an der Flucht des Vogel.

Was ihm noch den letzten Rest von Achtung verscherzt, das ist die öffentlich, in der Hauptverhandlung zur Schau getragene Härte, mit der er mit Todesurteilen nur so um sich geworfen hat, während er innerlich mit den Mördern sympathisierte. Bornstein spricht von "Hinterhältigkeit" und bittet das Gericht dafür zu sorgen, dass dieser "einzigartige Richter" auch der einzige in Deutschland bleibe.

Zum Schluss gibt es noch einen dramatischen Zwischenfall, als der Vertreter der Staatsanwaltschaft mit wenigen Worten erklärt: Die Staatsanwaltschaft habe keine Berufung gegen das freisprechende Urteil der ersten Instanz eingelegt, sehe sich also jetzt auch nicht zu einer Änderung ihrer Haltung genötigt und stelle keine Strafanträge - wird er von dem Anwalt des Nebenklägers Jorns "politischer Motive" verdächtigt. Oberstaatsanwalt Köhler protestiert entschieden gegen eine derartige Unterstellung, die er als Ehrenkränkung betrachtet. Das Schlusswort bekommt Jorns am Donnerstag.

SPD. London, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Vollsitzung der Flottenkonferenz am Dienstag stand im Zeichen der U-Bootfrage. Die Gruppierung der Mächte zu diesem Problem war bereits von vornherein bekannt. England und Amerika standen geschlossen für die Abschaffung, Frankreich und Japan dagegen. Italien war grundsätzlich auf Seiten der beiden angelsächsischen Länder, nahm jedoch praktisch den Standpunkt Japans und Frankreichs an.

Aus dem rethorischen Beiwerk herausgeschält, ergibt sich als die Auffassung der beiden Gruppen folgende Stellungnahme: England und Amerika vertreten den Standpunkt, dass die U-Boote als Küstenverteidigungswaffe verhältnismässig unbrauchbar ist, die U-Boote weitgehend in offensiver Absicht Verwendung finden können und Verwendung gefunden haben und die U-Boote besonders leicht als Waffe missbraucht werden können. In diesem Sinne betonte der amerikanische Delegierte, es sei im Lichte der Erfahrungen des Weltkrieges klar, "dass in jedem zukünftigen Krieg Mächte mit U-Booten einen starken, vielleicht sogar unüberwindlichen Versuche empfinden werden, diese Waffe am wirksamsten einzusetzen ohne die Folgen in Betracht zu ziehen."

In Vorwegnahme der französischen Argumente wurde von englischer Seite betont, dass Grossbritannien angesichts der Ausdehnung seiner Seewege die U-Boote dringender nötig hätte, als irgend ein anderes Land, falls England die U-Boote tatsächlich als eine Offensiv-Waffe betrachte. England sei jedoch bereit, auf die Vorteile dieser Waffe ohne jeden Vorbehalt zu verzichten. Im Gegensatz hierzu legten die Franzosen und Japaner Nachdruck auf den Defensiv-Charakter der U-Boote, "als Instrument, um einen feindlichen Angriff auf die, einem Land vorgelagerte See abzuwehren." Sowohl Frankreich als Japan wiesen insbesondere auf den riesigen Umfang der von ihnen zu verteidigenden Küsten und Seefahrtslinien hin. Der französische Delegierte vertrat überdies den Standpunkt, dass die englisch-amerikanische Auffassung von der besonderen Grausamkeit der U-Bootwaffe falsch sei und sich die U-Boote hierbei grund-

sätzlich nicht von den anderen Waffengattungen unterscheiden. Sämtliche fünf Mächte fanden sich jedoch in Übereinstimmung darin, dass ein Abkommen gegen die unbeschränkte Verwendung der U-Bootwaffe, wie im letzten Kriege, zustande kommen müsse.

Die Vollkonferenz überwies zum Schluss eine französische und eine amerikanische Resolution an das Erste Komitee. Die französische Entschliessung fordert die Einsetzung eines Komitees mit der Aufgabe, einen Vertragsentwurf vorzubereiten, der die kriegerischen Handlungen der U-Boote gegen Handelsschiffe in genaue Übereinstimmung mit dem Kriegsrecht der übrigen Schiffskategorien gegenüber Handelsschiffe zu bringen hätte. Dieser Vertrag soll allen Seemächten zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Ausser mit der Frage der Beschränkung des U-Bootkrieges wird sich das Komitee jedoch noch mit der Frage der Tonnage-Bekämpfung für Unterseeboote zu beschäftigen haben. Der dritte Punkt auf der Tagesordnung dieses Komitees, die Frage der völligen Abschaffung der U-Boote besitzt aufgrund der Dienstagsverhandlungen nur noch mehr akademische Bedeutung.

Der "Daily Herald" benutzt die Verhandlungen zu einer Warnung an die Regierungen, die Konferenz nicht zu einem Vorspiel für neue Rüstungen zur See ausarten zu lassen. Nach den letzten amerikanischen Vorschlägen solle die Parität zwischen Amerika und England nicht durch eine Herabsetzung der amerikanischen Rüstungen, sondern durch eine entsprechende Erhöhung der britischen Rüstungen hergestellt werden und Frankreich wünsche ein Programm durchzuführen, das u.a. auf eine Verdoppelung seiner U-Bootflotte hinauslaufe. Alle Delegationen sprächen von ihren Bedürfnissen und man scheine vergessen zu haben, dass der Schlüssel zur Lage nicht in der Begrenzung, sondern in der Herabsetzung der Rüstungen liege.

SPD. Hugenberg hat sich am Dienstag auf die Tribüne des Reichstags gewagt und den Versuch gemacht, seine Politik bzw. die seiner Umgebung zu verteidigen. Als Führer wollte er sich aufspielen, als Phrasier schlechtesten Garnitur wirkte er und trat er ab.

Die Frage entsteht: Was hat Hugenberg bewogen die Tribüne des Reichstags zu besteigen, nachdem er sich monatelang gedrückt und seine demagogischen Phrasen vor der grossen Öffentlichkeit von anderen hat vertreten lassen. Betrat er die Reichstagstribüne von sich aus, ist der Schritt zur öffentlichen Blamage seinem Geiste entsprungen oder was zwang ihn sich der Lächerlichkeit Preis zu geben? Kein Zweifel, dass Hugenberg sich auch am Dienstag am liebsten gedrückt und den Gang zur Tribüne des Reichstags, den Gang zur öffentlichen Blamage vermieden hätte. Aber er musste sich der Öffentlichkeit stellen, seiner Person und seiner Partei wegen, er musste sich stellen, weil seine bisherige Drückebergerei vor allem auch innerhalb seiner eigenen Partei nicht verstanden und ihm bitter verübelt worden ist, weil seine Flucht vor der Öffentlichkeit in zahlreichen deutschnationalen Mitgliederversammlungen scharf kritisiert und diese Kritik mit Argumenten belegt worden ist, die u.W. aus der "marxistischen" Presse stammen.

Das ist der eine Grund für Hugenbergs plötzlichen Entschluss sich dem Reichstag in eigener Person zu präsentieren. Der andere ist darin zu suchen, dass sowohl im Reichslandbund wie im Stahlhelm ernste Bestrebungen zum Sturze Hugenbergs im Gange sind. Deutschnationale Abgeordnete des Reichstags und Preussischen Landtags sind die Urheber dieser Aktion. Sie versuchen den Sturz Hugenbergs von aussen, weil er nach ihrer Überzeugung von innen bis auf weiteres unmöglich ist. Hugenberg ist über dieses Ziel unterrichtet, er weiss, dass nach der Annahme des Youngplanes die Stunde seines Reichsausschusses geschlagen hat und dann ein grosser Schlag gegen ihn geführt werden soll. Die Einzelheiten dieser Kampagne interessieren in diesem Zusammenhang nicht. Hugen-

berg und seine Umgebung sind aber auch darüber genau unterrichtet und deshalb musste der grosse Phraseur auf Wunsch seiner Freunde sozusagen als Demonstration gegen die in Vorbereitung befindliche Rebellion die Reichstagstribüne besteigen. Es sollte damit nach aussen gezeigt werden, dass Hugenberg weiterhin an der Spitze der deutschnationalen Partei verbleiben wird und nach innen seinen Gegnern bekundet werden, dass Hugenberg nebst Umgebung entschlossen sind den eventuellen Kampf aufzunehmen.

Es war nicht der Entschluss in offener Schlacht gegen den Youngplan zu kämpfen, nicht der Wille auf die Öffentlichkeit überzeugend zu wirken - es war die Sorge um das Amt des Parteiführers, die Sorge um die Macht innerhalb der deutschnationalen Organisation, die Hugenberg auf die Reichstagstribüne führte

SPD. Braunschweig, 11. Februar (Eig. Dr.)

Der Gedanke des Anschlusses an Preussen findet auch im Freistaat Braunschweig immer mehr Anhänger.

Am Dienstag spielte die Frage des Anschlusses im Haushaltsausschuss des braunschweigischen Landtags eine gewisse Rolle. Minister Dr. Jaspar erklärte dazu, dass mit der preussischen Regierung bisher noch nicht verhandelt worden sei. Die Möglichkeit derartiger Verhandlungen liess er jedoch offen. Die Auffassung des Ausschusses geht dahin, dass in allen etwa zu führenden Verhandlungen die Erhaltung der zum Teil vorbildlichen staatlichen und kommunalen Einrichtungen in Stadt und Land Braunschweig unerlässlich Vorbedingung sein müsse. Es müsse zunächst alles daran gesetzt werden, dem Land Braunschweig die Lebensfähigkeit zu erhalten, damit ein Aufgehen in einen anderen staatlichen Verband nicht unter dem Drucke finanzieller Notwendigkeit erfolgen müsse.

SPD. Wismar, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag-Abend brach auf dem Gute Klein-Woltersdorf ein Grossfeuer aus. Der Brand dehnte sich auf drei Wirtschaftsgebäude aus, die sämtlich in Asche gelegt wurden. Verbrannt sind vor allem grosse Vorräte an Futterkorn. Auch ein Teil des Viehs wurde ein Opfer der Flammen. Die Entstehungsursache des Feuers ist vorläufig noch nicht bekannt.

SPD. Amsterdam, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

In Eindhoven tötete der 60 Jahre alte Witwer Reymern am Dienstag seine 20jährige Tochter und seine 40 jährige Wirtschaftlerin durch Beiliebe. Dann vergiftete er sich mit Gas.

SPD. Leipzig, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Landgericht Magdeburg verurteilte den Abgeordneten des Anhaltischen Landtags und Hauptmann a. D. Wilhelm Loeper im Oktober 1929 wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz, Beschimpfung der Reichsfahne und Beleidigung des Reichswehrministers zu insgesamt 700 Mark Geldstrafe. Die von dem Staatsanwalt und dem Angeklagten eingelegte Revision wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Der Angeklagte hatte im Februar und März 1929 in verschiedenen nationalsozialistischen Versammlungen erklärt, es sei gut, dass die alte Fahne nicht über dem republikanischen Sumpf wehe. Ausserdem beschimpfte er den Reichswehrminister Groener.

SPD. Menado, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Der grosse Vulkan Goenoung Api auf der Insel Sianc, 200 Kilometer östlich der Stadt Menado, ist seit zwei Tagen wieder in Tätigkeit. Die Bevölkerung der am Fusse des Vulkans gelegenen Ortschaften musste flüchten.

SPD. Wien, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Eine Tagung der österreichischen Handels- und Gewerbekammern nahm am Dienstag eine Entschliessung an, in der u. a. der Abbau der Arbeitslosenversicherung in der Weise gefordert wird, dass die Unterstützung mit dem Ablauf der 30. Woche endet. In der Krankenversicherung soll anstelle der ärztlichen Hilfe das System der Schadenvergütung gesetzt werden. Ausserdem fordern die Handels- und Gewerbekammern zahlreiche Verschlechterungen der Arbeiterversicherungsgesetze.

SPD. Madrid, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Der heftige Orkan der seit Tagen über dem Kanal und der atlantischen Küste tobt, hat sich jetzt auch über Spanien ausgedehnt. Aus dem ganzen Land werden schwere Schneestürme gemeldet. Auf mehreren Eisenbahnlinien musste der Verkehr infolge Schneeverwehungen eingestellt werden. Vor der Station La Motina wurde eine ganze Eisenbahnzug durch Schnee blockiert. Die 150 Passagiere befinden sich in ziemlich peinlicher Lage, da der Zug keinerlei Lebensmittelvorräte mit sich führt und vorläufig keine Hoffnung besteht, ihn vom Schnee befreien zu können. Die Eisenbahngesellschaft hat eine Expedition ausgerüstet um die Passagiere des eingeschneiten Zuges mit Nahrung zu versorgen.

SPD. Paris, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Ein schweres Eisenbahnunglück, das zwei Tote und zahlreiche Verwundete gefordert hat, ereignete sich am Dienstag früh vor dem Bahnhof Saint Galmier. Der Nachtexpress Paris-St. Etienne stiess dort in voller Fahrt auf eine Lokomotive, die das Gleis kreuzte. Die Lokomotive wurde durch die Wucht des auf-fahrenden Expresszuges vom Damm geschleudert, fiel vor die Wand eines Bahnwärterhauses, durchschlug diese und tötete die siebenjährige Tochter des Weichenstellers. Der Heizer der Lokomotive wurde ebenfalls auf der Stelle getötet; mehrere Reisende und der Lokomotivführer wurden mehr oder minder schwer verletzt.

SPD. Dresden, 11. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Deutschnationalen beabsichtigen nach einer Erklärung im Interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien, für einen kommunistischen Misstrauensantrag gegen die Regierung zu stimmen, der wegen der Haltung der sächsischen Regierung im Reichsrat zugunsten des Youngplanes eingebracht ist. Die Nationalsozialisten werden ebenfalls für diesen Antrag stimmen.

Blößen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Nach einem Jahr,

SPD. Vor einem Jahre fand in Wöhrden in Schleswig-Holstein der blutige Zusammenstoss zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten statt, der drei Menschen das Leben kostete und der den Privatkrieg zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten einleitete. Seitdem haben derartige Zusammenstösse trotz aller Répression durch die Behörden auf der Tagesordnung gestanden. Wollte man die Bilanz dieses einen Jahres inneren Krieges zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ziehen, so würde sich ein erschreckendes Fazit ergeben.

Die Schuldigen an dem Zusammenstoss von Wöhrden werden jetzt nach einem Jahre gerichtlich abgeurteilt werden. Nach einem Jahre! Da ist etwas faul in der Justiz. Der Tatbestand war schon unmittelbar nach dem Zusammenstoss ziemlich geklärt, Die Schuldigen waren festgestellt und verhaftet. Wie kommt es, dass bis zur Hauptverhandlung die Justiz noch ein Jahr Frist gebracht hat? War es wirklich die Notwendigkeit eingehenderer Untersuchungen, die dieses Jahr Zwischenraum ausgefüllt haben, oder war es nur der unglaublich schleppende Geschäftsgang der allmählich in der Strafjustiz eingerissen ist?

Diese Praxis, dass zwischen der Tat und der gerichtlichen Ahndung ein Zwischenraum von Monaten, ja unter Umständen auch von Jahren liegt, ist im allgemeinen unerträglich, ganz besonders aber bei den Delikten, die hier in Frage kommen. Ein gerichtlicher Ehrenschatz besteht schon lange nicht mehr, weil weder, der auf das gröblichste von politischen Gegnern beschimpft und verleumdet wird, feststellen muss, dass die Verleumder, wenn es gut geht, in einem halben Jahre einmal vor Gericht erscheinen werden. In Fällen wie dem von Wöhrden jedoch wäre rascheste Aburteilung von grösster psychologischer Bedeutung. Die Leute, die von den politischen Hetzern mitgerissen werden, müssen klar erkennen, wohin dies Treiben des Privatkrieges führt. Der Zusammenhang zwischen der blutigen Tat und dem Gerichtsurteil gegen die Schuldigen darf nicht durch die Frist eines ganzen Jahres zerrissen werden. Es ist ein unerträglicher Gedanke, dass dieser blutige Privatkrieg nunmehr schon ein ganzes Jahr andauert und dass heute erst die Tat vor Gericht erörtert wird, die vor einem Jahre die Aera dieser Privatkriege eingeleitet hat!

Menschlichkeiten,

Nach der Räumung der zweiten Rheinlandzone erhob sich ein grosses Geschrei über die unehelichen Kinder, die die Besatzungstruppen hinterlassen haben. Angeblich sollen es 15 000 sein. Die Zahl ist jedoch nicht einwandfrei festgestellt und wird bestritten.

Die Rechtsradikale Presse, die mit der Räumung des Rheinlandes einen wichtigen Agitationspunkt verliert, hat sich auf diese Tatsache gestürzt. Sie predigt Moral, So lesen wir in der "Türmer-Umschau":

"Noch weit mehr als die finanzielle Tragweite aber lastet auf dem, der sei deutsches Volk lieb hat, der moralische Druck der Nachricht. Allein schon in dem schmalen Bezirk der zweiten Zone also haben sich nicht weniger als 15 000 deutsche Mädchen weggeworfen an Feinde ihres Vaterlandes. An Leute, die zehn Jahre lang mit der hochmütigen Härte des Siegers aufgetreten sind. Man fühlt diese Schande im eigenen Herzen brennen und erschrickt über die Schlüsse, die das Ausland daraus zieht."

In dieser moralischen Entrüstung liegt nicht nur die falsche Alte-Tanten-

Moral von 1890, sondern im Grunde genommen ein gutes Stück Militarismus. Der fremde Soldat im Rheinland war eben nicht nur Soldat, nicht nur Machtexponent, sondern er war auch Mensch. Die Tatsache der 15 000 unehelichen Kinder sollte viel eher zu dem Schlusse Anlass geben, dass trotz der offiziellen Distanzierung der Staatsleitungen das Menschliche in den Soldaten und in der Bevölkerung sich zusammengefunden hat. In dieser Vereinigung liegt ein Protest gegen den Zwangsmilitarismus, ein Protest gegen die politische Trennung von Menschen. Wir vermögen nicht, in der Tatsache dieser unehelichen Kinder eine Schande für das deutsche Volk zu erblicken. Das überlassen wir denen, die am liebsten eine unübersteigbare Mauer zwischen den deutschen und den französischen Menschen ziehen möchten. Wir überlassen es denen, die in der Presse gefordert haben, dass von diesen Kindern alle, deren Aussehen und Merkmale auf einen Vater negerischer orientalischer, vorderasiatischer und hamitischer Rasse schliessen lassen, kurzerhand umgebracht werden, und dass die Mütter dieser unehelichen Kinder zwangsweise unfruchtbar gemacht werden müssten. Dies Geschrei über die angebliche Schande Deutschlands ist nichts anderes als ein Stück Völkerverhetzung!

Zivilcourage.

Herr Franz Seldte hat seinen Stahlhelmlenten eine Rede gehalten, in der er ausführte: "Wir werden das deutsche Bürgertum dazu erziehen müssen, dass es zur Tüchtigkeit des Berufes die Zivilcourage hinzufügt. Hier liegt die deutsche Tragik begründet, dass dem deutschen Volke die Zivilcourage fehlt, dass man sich nicht einsetzt in den Kampf, der innen und aussen geführt wird."

Zivilcourage ist es, wenn Herr Seldte mit den Seinen sich vor jeder Verantwortung drückt und die Luft mit Reden erschüttert. Mangel an Zivilcourage, im Jargon des Stahlhelms gesprochen, "innerer Schweinehund" aber ist es, wenn deutsche Staatsmänner das Notwendige für die deutschen Interessen tun, obgleich sie deswegen von Mörderhanden mit Attentaten bedroht und vom Stahlhelm und verwandten Cliquen als zuchthauswürdige Landesverräter beschimpft werden. Mangel an Zivilcourage: Herr Seldte hat wirklich keinen Anlass, darüber zu reden - besitzt er doch nicht einmal Zivilcourage genug, um sich in seiner eigenen Organisation durchzusetzen.

Sadisten der Verramschung.

Die neueste K.P.D.-Parole heisst Ramsch. Es muss alles verramscht werden. Man beschränkt sich dabei nicht auf das Eigentum der Kommunistischen Partei, auf Gebäude und Druckereien, man führt dies Prinzip auch in die Kommunalpolitik ein. Im Zwickauer Stadtparlament stimmten Bürgerliche, Hakenkreuzler und Kommunisten gegen einen sozialdemokratischen Antrag, der die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel in städtischem Regiebau verwandt wissen wollte. Helft dem Privatkapital, nur das Privatkapital kann es schaffen! Die organisatorische und politische Unfähigkeit der Kommunisten macht sie zu Schleppenträgern des Kapitalismus.

Ein Zeichen der Zeit.

Wir lesen im "Grünberger Wochenblatt" in Grünberg i. Schl. das folgende Inserat: "Speckfettes Hundefleisch, frisch ausgelassenes Fett zu haben Schrotendorferstr. 2". Es bleibt nur die Frage, ob es nicht noch Arme gibt, denen selbst solche Delikatesse unerschwinglich ist.

Aus aller Welt

Sonde 160 brennt weiter!

Die Katastrophe von Moreni - Ratlosigkeit der Fachleute - Arbeit mit Gasmasken - Der Helm überm Sondenmund - Kettenriss.-

SPD. Die Löschung der seit einem Jahr ununterbrochen brennenden Petroleumsonde Nr. 160 bei Moreni im Herzen des rumänischen Petroleumzentrums ist abermals misslungen: der Rettungsapparat zerschmolz. Schon seit Monaten wurden internationale Ausschreibungen mit der Zusage hoher Prämien bei Löschung der Sonde veröffentlicht, und an Ort und Stelle gaben sich Petroleumfachleute aller Länder ein Stelldichein, um zu beratschlagen, wie man dem Feuer die Luft abgraben könne. Monatelang wurde Tag und Nacht gearbeitet, um dieses oder jenes System zu probieren - alles war vergeblich.

Der letzte und vor wenigen Tagen misslungene Versuch entstammt der Idee eines amerikanischen Fachmannes, der für sie im Falle der Löschung mehrere Millionen Lei ausgezahlt bekommen hätte. Auf telegraphische Anweisung aus Amerika wurde unverzüglich an den Bau von drei Tunnel geschritten, um unterirdisch an das brennende Sondenloch heranzukommen. Zuerst galt es, die Gase zur Ableitung zu bringen, die unaufhörlich in die Stollengänge eindringen und die ein Arbeiten lediglich mit Gasmasken erlaubten. Der Plan der Techniker und Sachverständigen war nun, einen riesigen, mit bedeutenden Kosten aus bestem Stahl hergestellten Helm in Glockenform über den Sondenmund zu kippen, und so das Feuer zu ersticken. Sehr gelegen kam die Mitte Januar festzustellende Tatsache, dass der Atmosphärendruck der brennenden Sonde sich von 200 Atmosphären plötzlich auf 24 Atmosphären senkte. Trotzdem verbrennen auch jetzt noch täglich schätzungsweise drei bis fünf Millionen Kubikmeter Gas. Diese geradezu phantastisch anmutende Menge kann nur damit erklärt werden, dass die Gase von einer Tiefe von 1.600 Metern dem Erdboden entströmen. Am 1. Februar hatten die Tunnelbauer den Sondenangang erreicht, ohne natürlich sofort den Durchstich vorzunehmen; es wurde vielmehr die Helmkammer dicht an den Sondereingang placiert, während gleichzeitig zur Vermeidung des Durchsickerns von Gasen am Löschtage die Wände mit Eisenbeton gefestigt wurden. Die Löschkammer, die einen Inhalt von vier Kubikmetern besitzt, wurde herangebracht und sogar eine Probesetzung durchgeführt, die gelang. Man rechnete mit Sicherheit auf einen vollen Erfolg der Löschaktion, da das gleiche System bei Sondenbränden bereits in Polen mit Erfolg angewandt wurde.

Die eigentliche Löschung war für den 5. Februar 12 Uhr nachts angesetzt, da erfahrungsgemäss um diese Stunde der atmosphärische Sondenndruck täglich für die Dauer von zwei Stunden nachlässt. Das riesige Gestell eines Dreifuss-Kranes wurde um die Sonde placiert und vermittels von Flaschenzügen wurde die Helmkammer aufwärts gezogen, um dann über das Brandloch geschwenkt und herangestürzt zu werden. Scheinbar durch fehlerhaftes Material veranlasst riss jedoch plötzlich eine Kette, die beiden restlichen Halteketten gaben ebenfalls nach, die Kammer fiel in die Flamme und im Handumdrehen hatten die ganz bedeutenden Temperaturen die Kammer geschmolzen, ohne den geringsten Rest zurückzulassen. Der Versuch war misslungen!

Die Aussichten des Erstickens des Feuers werden von allen Sachverständigen als sehr gering bezeichnet, und die Brandsonde wird neuerlich unter Anrichtung von Millionenschäden noch eine Reihe von Monaten fortbrennen, ohne dass man im

entferntesten sagen kann, ob und wie das Feuer jemals zu löschen ist.

Gleichzeitig mit dem misslungenen Löschversuch musste festgestellt werden, dass sich der Atmosphärendruck neuerlich auf 90 Atmosphären steigerte; an Eruptionsmasse bringt die Sonde Nr. 160 somit täglich eine bis eineinhalb Millionen und auch sogar zwei Millionen Kubikmeter herauf. Bei den ausströmenden Gasen handelt es sich um Erdgase von 40 Gramm Kubikmeter Schwere und von 80 - 100 Gramm Kubikmeter Dichte. Wie sehr die Erdkrone bereits von dem anhaltenden Feuer durchglüht ist, beweist die Tatsache, dass im Umkreis von 200 Metern um die Brandsonde anhaltende Infiltrationen dieser Gase auftreten, wodurch die Nachbarsonden in grosse Gefahr geraten.

Im Bukarester Industrieministerium wird unverzüglich eine Sachverständigen Konferenz zusammentreten, um nochmals die letzten Möglichkeiten einer Löschung der Sonde 160 zu erörtern.

Kanadas bester Alkoholkunde. Nach den amtlichen kanadischen Ausfuhrziffern wurden im Jahre 1929 alkoholische Getränke im Werte von 20 787 100 Dollars nach den Vereinigten Staaten ausgeführt. Die Alkoholausfuhr Kanadas im Jahre 1929 weist gegenüber dem Jahre 1928 einen Rückgang von über 3 Millionen Dollar auf. Trotzdem ist das vermeintlich trockene Amerika der beste Alkoholkunde Kanadas geblieben. Die kanadische Gesamtausfuhr von alkoholischen Getränken belief sich auf 29 599 929 Dollars.

Kampf gegen einen Kriegskäfer. Gegenwärtig wird in nicht weniger als 14 französischen Provinzen ein verzweifelter Kampf gegen ein Kriegsandenken geführt. Es gilt den "Colorado-Käfer" auszurotten, der im Krieg von den amerikanischen Truppen nach Süd-Frankreich verschleppt worden ist. Das Insekt hat sich in den letzten Jahren in der unheimlichsten Weise vermehrt und ist allmählich zu einer grossen landwirtschaftlichen Gefahr geworden. Wenn sich ein Schwarm Colorado-Käfer auf ein Kartoffelfeld niedergelassen hat, ist es in wenigen Tagen kahlgefressen. Die französische Regierung hat in allen 14 Departements, in denen der Käfer verbreitet ist, energische Vertilgungsmassregeln ergriffen.

50 000 Mark auf Los Nr. 244 709. Am Dienstag wurden bei der gegenwärtigen fünften Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie 50.000 Mark auf Los Nr. 244 709 gezogen, das in der ersten Abteilung in Achtern in Darmstadt, in der zweiten in Achtern in Berlin SW gespielt wird.

Theaterskandal um die Beamtenbank. Die am Dienstag im Berliner Grosse Schauspielhaus abgehaltene Gläubigerversammlung der durch die Beamtenbank Geschädigten nahm einen aussergewöhnlich stürmischen Verlauf. Mit Rücksicht auf zahlreiche Gläubiger, die keinen Einlass fanden, konnte keine endgültige Entscheidung gefällt und nur Vertagung auf Montag den 17. Februar anberaumt werden. Die neue Versammlung soll in der Funkhalle am Kaiserdamm stattfinden.

Der Ansturm der Gläubiger war geradezu ungeheuerlich. Tausende fanden keinen Einlass. In der Versammlung selbst herrschte auch Gewitterstimmung. Sie richtete sich vor allen Dingen gegen den früheren Direktor Weber, dem der Vertrauensmann der Gläubiger, ein Herr Nötzel, fahrlässige und unerhört leichtsinnige Geschäftsführung, der sich auch Direktor Joseph schuldig gemacht habe, vorwarf. Es müsse noch aufgeklärt werden, wo die verschleuderten Millionen geblieben seien. Es sei anzunehmen, dass bei einem Vergleichsverfahren eine Gesamtquote von 60 bis 70 Prozent herauszuholen sei. Gegenwärtig stünden 7,2 Millionen Aktiven rund 11,47 Millionen Passiven gegenüber. Die Abwicklung des Vergleichsverfahrens werde etwa zwei Jahre in Anspruch nehmen. Auch im Verlauf der Debatten kam es wieder zu stürmischen Szenen. Mit grössten Schwierigkeiten gelang es der Polizei, das Grosse Schauspielhaus, nachdem es längst vor Beginn der Veranstaltung geschlossen werden musste, abzusperren.

Spritrazzia im Riesenhotel. Prohibitionsbeamte verhafteten in dem New Yorker Hotel Manger, eines der grössten Hotels der Stadt, bei einer Razzia 15 Hotelpagen, 12 Kellner und zwei Spirituosenhändler. Major Campbell, der Chef der Prohibition in New York, äusserte, dass er die Schliessung des Hotels beantragen werde.

+ + +
Schneetreiben in Südfrankreich. Nach einer langen Regenperiode schneit es jetzt in Südfrankreich unentwegt. Starke Stürme knickten fast unzählige Telegraphenstangen wie Streichhölzer. Die meisten Eisenbahnzüge haben Verspätung. Die Pyrenäen werden von furchtbaren Gewittern heimgesucht. Das Thermometer fiel stellenweise auf 20 Grad unter Null.

+ + +
Streik im Schaufenster. In Beantwortung der von der Stadt Berlin vorgenommenen Erhöhung der Werkstarife (Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehrsmittel) haben 40 000 Berliner Geschäftsinhaber beschlossen, nach Geschäftsschluss nicht mehr ihre Schaufenster zu beleuchten und die Lichtreklame nicht mehr in Tätigkeit treten zu lassen. Den Protest schlossen sich an 3000 im Bund der Handels- und Gewerbetreibenden vereinigte Ladeninhaber, 14 ihm angeschlossene Verbände mit rund 15 000 Mitgliedern und endlich die Einzelhandelsgemeinschaft mit 23000 Geschäftsleuten.

+ + +
Wie man in Bayern tanzt. Das humanistische Gymnasium einer bayerischen Stadt hat Richtlinien für den Tanz der Schüler ausgegeben. Zunächst werden die Tanzdamen vom Rektor ausgewählt und eingeladen. Die Damen sind für alle Schüler bestimmt, keiner hat eine spezielle. Engere Beziehungen und Anfreundungen zu einer bestimmten Dame haben zu unterbleiben. Insbesondere wird angeordnet: 1. Jeder tanzt abwechselnd mit allen Teilnehmerinnen, 2. es ist verboten, eine bestimmte Dame abzuholen oder nach Hause zu begleiten; die Damen gehen in Begleitung ihrer Mütter oder deren Beauftragten. Gruppenweises Heimgehen ist in Begleitung von Müttern erlaubt. 3. eine Dame, mit der man nicht verwandt ist, darf nicht geduzt werden. 4. es ist verboten, sich mit einer Dame "zusammenzubestellen".

5. Wäre wünschenswert, dass der Rektor, der alles dies verordnet hat, 85 Jahre jünger wäre, als er zu sein scheint und noch einmal als Schüler seine eigene Anstalt besuchte, um den deutschen Sprachstil ebenso gut beherrschen zu lernen, wie er den allbayerischen Sittenkodex meistert.

+ + +
Seemann Axelsen ein Mörder? Am Dienstag morgen begann in Lüneburg der Prozess gegen den Seemann Peter Axelsen aus Flensburg, der in Argentinien zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, aber flüchtete. In Deutschland ist Axelsen bald nach der Flucht wieder verhaftet worden. Er hat sich nunmehr, da eine Auslieferung an Argentinien nicht in Frage kommt, wegen des Totschlages von zwei Kaufleuten, dessen die argentinische Gerichtsbarkeit ihn schuldig sprach, abermal zu verantworten. Verteidiger ist u. a. der Berliner Rechtsanwalt Dr. Frey. Die Vernehmung des Angeklagten ergab, dass Axelsen bereits 1920 wegen schweren Diebstahls in Flensburg und später wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung verurteilt worden ist. An der ihm diesmal zur Last gelegten schweren Untat will er aber un-schuldig sein, wie er lächelnd erklärt. Er ist im Jahre 1922 zur See gegangen und mit dem Dampfer "Oliva" als Kohlentrimmer nach Argentinien gekommen. In Posario widmete er sich mit einem Landsmann Koch, der als Tatzeuge am Mittwoch vernommen werden soll, und mit einem angeblichen aber nicht zu ermittelnden Zeugen Prasch dem Wäscheschmuggel. Die Drei wollen sich nun in dem Geschäft der Kaufleute Raines und Laerman getroffen haben, wo Brasch beide mit einem Hammer auf den Kopf geschlagen haben soll, sodass sie zusammenbrachen. Koch sei geflohen, während Axelsen, der von der Mordabsicht nichts geahnt haben will, vor Schreck den Laden nicht habe verlassen können.

Deutscher Reichstag

127. Sitzung vom Dienstag, den 11. Februar 1930.

SPD. Der Reichstag trat am Dienstag bei sehr starkem Besuch wieder zusammen. Auf dem Platz des verstorbenen Abg. Paul Levi stand eine schwarzumflorte Vase mit einem Fliederstrauss.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit folgendem Nachruf: Im verhältnismässig jungen Jahren ist unser nun verstorbener Kollege Paul Levi 1920 in den Reichstag eingetreten. Ihm ging schon damals der Ruf eines ersten Juristen voraus. Und in den zehn Jahren seiner Tätigkeit in diesem Hause hat er durch seine Beredsamkeit und Begeisterung in steigendem Masse Aufmerksamkeit errungen. Seine Fraktion, die ihn be-
trauert, verliert in Paul Levi einen ihrer begabtesten und eifrigsten Mitarbeiter. Aber auch der Reichstag hat seine besonderen Gaben nicht nur in den grossen Debatten, sondern in der Kleinarbeit der Ausschüsse oft bewundern können. Bei aller Schärfe der Dialektik blieb Paul Levi ein vornehmer, selbst den Gegner versöhnender Politiker, dessen Handeln getragen war von einem starken und unbestechlichen Drang zur Gerechtigkeit. Wir geben unserer tiefsten Trauer Ausdruck, dass diese grosse Kraft und dieser seltene Mensch so rasch ausgelöscht wurden.

Reichsaussenminister Dr. Curtius leitete dann die erste Lesung des Haager Abkommens und der in Verbindung damit zu beratenden Vorlagen ein: Das Schwergewicht der sachlichen Aufklärung wird in den Ausschüssen liegen. Die Reichsregierung hat in ihrer Erklärung vom 30. Juli 1928 an die Spitze ihres Programms die Befreiung der noch besetzten Gebiete, eine befriedigende Lösung der Saarfrage und die endgültige Regelung der Reparationsfrage gestellt. Am Ende eines ein- und einhalbjährigen Ringens haben wir den Räumungstermin bis 30. Juni und einen Reparationsplan erreicht, der eine erhebliche Min- derbelastung für Deutschland bringt. Der Beginn der Saarverhandlungen hat sich durch die Neubildung der französischen Regierung bis Ende November verzögert. Da hierbei sehr komplizierte wirtschaftliche und völkerrechtliche Fragen zu lösen sind, haben diese Verhandlungen nicht so rasch geführt werden können als zu wünschen war. Es lag im deutschen Interesse, diesen Umständen Rechnung zu tragen. Wir führen diese Verhandlungen selbstverständlich mit dem Ziel, sobald wie möglich die restlose Rückgliederung des Saargebietes zu erreichen. Wir haben keinen Anlass zu einem Zweifel, dass auch die Gegenseite diese Verhandlungen mit dem positiven Willen zu einem baldigen Abschluss führt.

Der Minister gibt darauf einen Rückblick auf die Haager Verhandlungen: Die gegenwärtige Reichsregierung hat schon zwei Monate nach der Regierungserklärung gelegentlich der Tagung des Völkerbundes in Genf den Anspruch auf Räumung der noch besetzten Gebiete bei den Vertretern der Besatzungsmächte förmlich erhoben. Durch Beschluss der beteiligten Mächte vom 16. September 1928 wurden Verhandlungen darüber wie über den Wunsch der französischen Regierung nach Einsetzung einer Feststellungs- und Versöhnungskommission eröffnet. Die Revision des Dawesplanes andererseits wurde in den vergangenen Jahren um so dringender gefordert, je höher die Belastung wurde, je klarer man die Unzulänglichkeit des Planes und die sich aus ihm ergebende Unsicherheit erkannte, und je stärker sich der Druck seiner politischen Fesseln fühlbar machte. Dieses deutsche Interesse begegnete sich mit der Auffassung des Generalagenten. Seine Anregung fiel auch bei den Gläubigermächten auf fruchtbaren Boden.

Der Minister bespricht nun die Pariser Arbeit der Sachverständigen und ihr Ergebnis. Er fährt dort: Im engsten Zusammenwirken mit dem Minister für die besetzten Gebiete gelang es Stresemann, auf der Haager Augustkonferenz die Verbindung mit der Reparationsfrage in die Form zu bringen, dass für den Fall der Annahme des Youngplanes und seiner Jngangsetzung ein fester Räumungstermin zugesichert wurde. Auch konnten reparationspolitische Opfer neben der Tragung eines Teiles der Besatzungskosten und Besatzungsschäden vermieden werden. Wenn die vorzeitige Räumung heute bedauerlich oft als nebensächliches Ergebnis der Haager

Konferenzen behandelt wird, die Bevölkerung des noch besetzten Gebietes denkt darüber ganz anders. (Sehr wahr! im Zentrum.) Mit ihr fühlen alle verantwortlichen Politiker, dass der Tag der endgültigen Räumung ein denkwürdiger Augenblick ist; in dem schwere Befürchtungen und Sorgen vergangener Jahre ausgelöscht werden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Das Werk Stresemanns ist auf der zweiten Haager Konferenz fortgesetzt worden. (Sehr richtig! rechts) Hier haben wir, entsprechend dem Grundgedanken des Youngplanes selbst, Vereinbarungen getroffen, die das sogenannte Sanktionssystem des Versailler Vertrages beseitigen. Der Begriff der Sanktionen ist für uns Deutsche kein normaler Rechtsbegriff (Sehr richtig!); es ist die mit unseren schlimmsten Erfahrungen verbundene Bezeichnung jener Versailler Bestimmungen, deren wesentliches Merkmal darin bestand, dass die Reparationskommission, das einseitige Organ der Gläubigermächte, sogenannte Verfehlungen Deutschlands feststellen konnte, und dass sich aus dieser Feststellung ohne weiteres mehr oder weniger genau bestimmte Befugnisse der Gläubigermächte ergaben, die Deutschland im voraus als Vertragsrechte hatte anerkennen müssen und nicht als feindselige Handlungen ansehen durfte. Es waren Strafmassnahmen, wie sie nur der Sieger dem Besiegten auferlegen konnte.

Abg. Schultz-Bromberg (Dtn.) beantragt mit einigen ausfälligen Sätzen Vertagung der Weiterberatung. Der Antrag wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Ein neues Kapitel der Reparation ist eingeleitet. Die wichtigsten Meilensteine an der Strasse der Reparation sind zunächst der Versailler Vertrag mit seinen unbegrenzten und allgemeinen Forderungen auf Wiedergutmachung der Kriegsschäden, das Londoner Ultimatum von 1921, das die Gesamtsumme der Zahlungsverpflichtungen kapitalisiert berechnet mit 132 Milliarden Goldmark ansetzte, das Dawes-Abkommen, das feste Jahreszahlungen eingeführt hat, ohne die Lasten Deutschlands zeitlich zu begrenzen. An jedem dieser Meilensteine haben Menschen gestanden, die nicht nur kritisierten, sondern auch solche, die eine Hetze entfalteten gegen die Männer, die diese historischen Akte unterzeichnen mussten. Erzberger und Rathenau sind dieser Hetze unmittelbar zum Opfer gefallen, und sie hat auch zur vorzeitigen Zermürbung der geistigen und körperlichen Kräfte Stresemanns beigetragen. (In diesem Augenblick erscheint an der Rednertafel der Name Hugenberg, was wegen der Seltenheit des Auftretens dieses Herrn ziemliche Bewegung im Hause erzeugt.) Auch gegen den Youngplan setzt dort, wo sachliche Argumente versagen, die Lüge ein. Ist doch behauptet worden, dass infolge des Youngplanes deutsche Jugend als Sklaven in die Welt verkauft werden müsste. Das alles geschieht im Namen der "nationalen Gesinnung". Es ist eines der Verdienste Stresemanns gewesen, dass er sich bemüht hat, jenen Unfug zu bekämpfen, der einen grossen Teil der Deutschen als nicht national erklärte. Bis heute noch halten sich diejenigen für national, die ein gewisses Kraftmeiertum predigen ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Möglichkeiten, die von Mitteln der äusseren Politik sprechen, sie fordern und ankündigen, obgleich diese Mittel schlechterdings nicht vorhanden sind. Wir wollen mit diesen sogenannten nationalen Elementen nicht um die Palme nationaler Gesinnung ringen. Wir haben getan und tun weiter, was im Interesse des deutschen Volkes und seines ruhigen und friedlichen Aufstiegs liegt. (Zustimmung bei den Soz.)

Neuerdings hat auch der bayerische Ministerpräsident im Reichsrat den Vorwurf erhoben, dass wir mit dieser Politik freiwillig die unwahre Kriegsschuldthese von Versailles anerkannten. Nun die Stellung der Sozialdemokratischen Partei dazu ist bekannt. Wir haben niemals die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege als berechtigt anerkannt, wie wir allerdings ebensowenig anerkennen, dass die Machthaber der damaligen Zeit die einzig Unschuldigen am Kriegsausbruch gewesen sind. (Zurufe rechts) Wenn Sie nur die jüngst veröffentlichten österreichisch-ungarischen Akten lesen, werden Sie mindestens Fahrlässigkeit bei den deutschen Machthabern jener Zeit anerkennen müssen.

Wir haben die Zahlungen aber nicht zu leisten, weil im Versailler Frieden die Kriegsschuldthese steht, sondern weil wir den Krieg verloren haben und der

ganzen Welt gegenüber nicht die Möglichkeit besitzen, dieses Zahlungsprogramm auf ein gerechtes und erträgliches Mass zurückzuführen. Die Sozialdemokratie hat der Unterzeichnung in Versailles zugestimmt, nicht, weil sie dieses Diktat für gerecht oder ausführbar hielt. (Zuruf rechts: "Weil Sie die Revolution wollten!") Die Unterzeichnung war doch lange nach der Revolution. Wir haben zugestimmt, weil in jenem Moment für das deutsche Volk kein anderer Weg und keine andere Möglichkeit bestand und weil die Gefahr drohte, dass die fremden Truppen noch weiter in Deutschland einmarschierten, und die noch grössere Gefahr, dass das deutsche Land und die deutsche Republik zerrissen werden. Im Interesse Deutschlands haben wir diesen Schritt getan. Als das Londoner Ultimatum zur Abstimmung stand, haben wir erklärt, dass uns der Wahnsinn dieser 132 Milliarden-Forderung nicht etwa unbewusst wäre, dass wir aber dafür stimmen, um Schlimmeres abzuwenden und um nicht die Hand zu bieten, dass schon damals das Ruhrgebiet besetzt wurde. Aus den gleichen Erwägungen und um das Erwachen des Geistes der Verständigung in den Siegerländern zu fördern, haben wir - mit freundlicher Unterstützung eines Teiles der Deutschnationalen (Heiterkeit) - auch dem Dawesplan zugestimmt. Die Vernunft aber ist gewachsen, sie ist nach dem entsetzlichen Experiment der Ruhrbesetzung durchgebrochen und nachdem bei den Wahlen von 1924 das französische Volk dem Blon national und seiner Politik einen Stoss versetzt hatte. Die Vernunft ist langsam marschiert, aber marschiert ist sie.

In dem Bericht der Pariser Sachverständigenkonferenz über den Youngplan heisst es, dass hier eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems vorgenommen werden solle. Wir sind ehrlich und loyal genug, hier zu erklären, dass wir an der Vollständigkeit wie an der Endgültigkeit dieses Abkommens sehr starke Zweifel haben. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Wir zweifeln an der Möglichkeit, diesen schweren Lasten vollständige und endgültige Kraft zu geben. Das darf natürlich nicht so ausgelegt werden, als beabsichtigten wir, den Youngplan zu sabotieren oder die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands vorzubereiten. Aber loyalerweise können wir nicht sagen, dass der Youngplan unter allen Umständen durchgeführt werden kann. Wir stehen in einer Zeit schwerer Wirtschaftskrise und ungeheuerster Arbeitslosigkeit, in einer Zeit schlimmen Massenelends, und wer kann sagen, dass das deutsche Volk auf die Dauer diese schweren Lasten tragen können? Aber auf der anderen Seite kann man die Besserung im Youngplan gegenüber dem Dawesplan ernstlich und ehrlicherweise nicht bestreiten. (Abg. Westarp bestreitet sie.) Ich nehme an, dass Ihr Widerspruch daher kommt, dass Sie nach Ihrer Behauptung noch nicht genügend Zeit zum Studium der Vorlagen gehabt haben. Hätten Sie genügend Zeit, so wären Sie wohl zu unserer Meinung gekommen, denn die Daweszahlungen waren zeitlich unbegrenzt, und im Hintergrund standen immer noch die 132 Milliarden des Londoner Ultimatus, das durch den Dawesplan in keiner Weise beseitigt war. (Widerspruch rechts) Ihre Freunde haben damals selbst darauf hingewiesen. Jetzt sind im Youngplan feste Summen eingesetzt. Sie (nach rechts) zählen die Jahresraten zusammen und kommen da auf über 100 Milliarden. Das kann man aber nicht, man muss kapitalisieren, und da kommt man zu 34,8 Milliarden auf der Basis eines Zinsfusses von $5\frac{1}{2}$ Prozent das ist aber berechtigt, weil nach dem Youngplan Deutschland jederzeit zu diesem Diskontsatz spätere Jahreszahlungen vorzeitig leisten kann. Die Dawesrate von jährlich 2500 Millionen sollte durch den sogenannten Wohlstandsindex, der diesen Namen gar nicht verdient, jährlich noch um mehrere Hunderttausend Mark erhöht werden. Im August 1924 hat der deutschnationale Abgeordnete Reichert hier gefordert, dass die Regierung sobald wie möglich eine Milderung der Zahlungen erreichen solle. Jetzt ist sie erreicht, und da sträuben sich die Deutschnationalen dagegen. Die Entlastung für 1929 beträgt 600 Millionen, für 1930 700 Millionen. Wir erwarten von den Deutschnationalen Vorschläge, wie sie den Etat in Ordnung bringen wollen, wenn diese Entlastung wegfällt. Machen Sie doch positive Vorschläge! Was haben Sie denn für Möglichkeiten, wenn Sie den Youngplan ablehnen? (Schweigen rechts.)

Es ist auch nicht zu vergessen, dass die deutschen Zahlungen sich in dem gleichen Masse verringern, wie Amerika die Zahlungen seiner Schuldner, nämlich der europäischen Siegerstaaten herabsetzt. Man redet immer von jahrzehntelanger Versklavung Deutschlands. Dasselbe könnten die Siegerstaaten von sich mit Bezug auf Amerika sagen. Wird der Youngplan abgelehnt, so bleibt nur die eine Möglichkeit, dass der Dawesplan wieder gilt. Die Transferkrise, auf die Sie (nach rechts) hoffen, würde der deutschen Wirtschaft jeden ausländischen Kapitalzufluss entziehen, um von den anderen Folgen noch gar nicht zu reden, würde uns in die schwerste Krise stürzen, und wenn vielleicht sogar einzelne Unternehmer diese Krise überstehen, was würde aus der Arbeiterschaft und den Angestellten werden? Das sollte sich doch die Volkskonservative Vereinigung fragen, die auch Arbeitervertreter enthält und die ihre Befreiung vom Diktat Hugenbergs wahrhaftig nicht durch den Beschluss zeigt, gegen den Youngplan zu stimmen. (Sehr gut! links). Ist es denn ganz belanglos, dass jede Kontrolle der deutschen Wirtschaft, der deutschen Bahnen und des deutschen Geldwesens aufhört, und dass die Pfänder freigegeben werden? Ist vor allem die Befreiung des Rheinlandes, nach der alle Parteien stets gerufen haben, belanglos? Gab es einen anderen Weg, die Franzosen hinauszubringen? Aber jetzt, wo die Regierung, der anzugehören wir nicht zuletzt deswegen stolz sind, weil sie diese Möglichkeit geschaffen hat, jetzt wollen Sie davon nicht wissen! Die ausserordentlich geringe Beteiligung der Rheinländer am Volksbegehren sollte doch auch Ihnen eine genug deutliche Sprache reden. (Sehr gut bei der Mehrheit)

Es ist bedauerlich, dass nicht auch gleichzeitig die Rückkehr des Saargebiets erfolgt. Bei den Verhandlungen muss die Regierung fest bleiben, sie darf kein wirkliches deutsches Interesse preis geben, und wir verlangen, dass die ehemaligen Staatsgruben auch wieder in Staatsbesitz zurückgeführt werden. Wir brauchen die Verhandlungen nicht überstürzen. Weiter ist zu beklagen, dass die Vereinbarungen vom Haag zum Teil über das Ergebnis der Pariser Konferenz hinausgehen. Die Anklagen in dem Memorandum Dr. Schachts sind zum Teil unberechtigt, schon weil Herr Schacht selbst für die zum Teil unklare Fassung des Sachverständigenberichts, besonders in Sachen der Liquidation mit verantwortlich ist. Die Sachverständigen hatten technische Mitarbeiter der politischen Instanzen zu sein. Als Bürger hat Herr Schacht durchaus das Recht der Meinungsäußerung, aber bei seiner Stellung und bei seiner Mitverantwortlichkeit hätte er sich einer solchen Polemik enthalten sollen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit)

Sehr zu bedauern ist ferner, dass die Gläubigermächte es für nötig hielten die Möglichkeit und die Folgen einer Zerreissung des youngplanes zu erwähnen, und sich für den Fall der Konstatierung einer solchen Zerreissung durch den Haager Schiedsgerichtshof volle Handlungsfreiheit vorzubehalten. Sollte damit gesamt sein, dass diese Handlungsfreiheit durch das Völkerrecht und die bestehenden Verträge begrenzt ist, so war diese Erklärung zumindest unnötig, sollte sie aber etwa andeuten, dass eine neue Besetzung deutschen Gebietes möglich wäre, so müssten wir gegen eine solche Auslegung auf das Schärfste protestieren. Weder § 18 der Anlage II zum Teil VIII des Versailler Friedens noch sein Artikel 430 können wieder angewendet werden. Und zwar weil die Reparationskommission für Deutschland nicht mehr existiert und weil der Locarno-Vertrag einem derartigen Vorgehen im Wege steht.

Meine Fraktion ist entschlossen, den Vorlagen zuzustimmen. Über manche Einzelheiten wird im Ausschuss noch zu reden sein. Niemand von uns wird leichtsinnig dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen zustimmen. Aber wir wissen, dass Deutschland dabei in schwieriger Lage ist. Das haben schon die Sachverständigen anerkannt. Worauf es jedoch ankommt, ist, dass diese Regelung die deutschen Bauern dort belässt und ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Scholle in Polen zu bebauen. Die Vertreter der deutschen Minderheit im polnischen Parlament sind einmütig ohne jede Ausnahme für die Annahme dieses Abkommens einge-

treten, das übrigens selbstverständlich kein sogenanntes Ostlocarno bedeutet. Von einem solchen kann schon darum keine Rede sein, weil durch die Grenzziehung deutsches Gebiet im Osten schrecklich zerrissen worden ist. Wir müssen doch das Deutschtum in Polen moralisch und im Völkerbund unterstützen. Wir wissen auch, wie ungeheuer schwierig es ist, mit Polen zu verhandeln. Aber was bleibt uns übrig? Gewalt gegen Polen anzuwenden, lehnen wir ab. Und wer betrachtet noch Polen als Saisonstaat? Polen ist da, und ich glaube nicht, dass in absehbarer Zeit die Korridorfrage aufgelöst werden kann, wie wir es zu unseren Gunsten möchten. Was geschieht in der Zwischenzeit? Wir haben die Pflicht, uns mit Polen wirtschaftspolitisch zu einigen. Durch das jetzige Abkommen und den kommenden Handelsvertrag wird ein Modus vivendi mit Polen geschaffen.

Notwendiger und wichtiger als die Frage, wie lange der Youngplan bestehen wird, ist es, ihn für das deutsche Volk einigermaßen erträglich zu machen. Wir Sozialdemokraten sind bereit, was in unserer Kraft liegt, zu tun, um die deutsche Wirtschaft in jeder zu rechtfertigenden Weise zu entlasten. Die erste Voraussetzung dazu ist, den Etat in Ordnung zu bringen. Wir wollen mit dem Zentrum auf das Gründlichste darüber verhandeln, aber wir können uns nicht entschließen, die Verabschiedung der Finanzgesetze zur Voraussetzung der Annahme des Youngplans zu machen. Dadurch würde innerpolitischer Krisenmacherei Vorschub geleistet und die Räumung des Rheinlandes verzögert werden. Die Entlastung der Wirtschaft darf nicht auf Kosten des arbeitenden Volkes geschehen. Es darf kein Abbau der Sozialpolitik und keine Lohnsenkung erfolgen, die nichts anderes als Raubbau an der menschlichen Substanz unseres Volkes wären. Wir müssen die Kaufkraft der breiten Massen heben, und das Mittel dazu ist, abgesehen von Lohnerhöhungen, der Kampf gegen die Preispolitik der Kartelle und eine starke Änderung der Zollpolitik. Nicht Erhöhung, sondern Herabsetzung der Zölle ist notwendig. Sollen wir diese Lasten tragen, dann müssen wir vor allem exportieren. Wir erleichtern den Export nicht durch Belastung der Lebensmittel und Rohprodukte. Zollerhöhungen veranlassen nur die anderen Staaten, unseren Export zu bekämpfen. Wir erwarten, dass die deutsche Delegation auf der Genfer Zollfriedenskonferenz sehr positiv eingestellt arbeiten wird, um den Zollfrieden zu schaffen, und während seiner Dauer werden wir nachzudenken haben, wie die Herabsetzung der Zölle zu ermöglichen ist.

In allernächster Zeit dürfte vom französischen Aussenminister die Anfrage an die Regierungen ergelien, wie sie sich zu dem Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa stellen. Wir sind noch weit von diesem Ziel, aber wenn Europa seine Konkurrenzfähigkeit behalten will, dann muss es dahin streben, die politischen und zolltariflichen Grenzen abzutragen. Neue Aufgaben werden an das deutsche Volk herantreten, und von der Leitung seiner Aussenpolitik Energie und Phantasie verlangen. Wir haben das Vertrauen, dass Herr Curtius diese Eigenschaften als Nachfolger Stresemanns aufzubringen gewillt und fähig ist. Wir glauben, dass ein neuer Zug in die gesamte deutsche Aussenpolitik kommen muss, nicht ein Zug, der mit Machtgedanken spielt, wo keine Macht vorhanden ist, sondern der Rechnung trägt der wirtschaftlichen Entwicklung und den wirtschaftlichen Forderungen Europas und der Welt. Zieht die Regierung sich damit den Vorwurf von rechts zu, dass sie die nationale Linie verlasse, so sind wir gewiss, dass aus diesem Internationalismus der Weg aufwärts und vorwärts führt, und wir werden ihn trotz der Lasten, die man uns auferlegt, weitergehen. (Lebh. Beifall der Soz.)

Mit Hallo begrüsst wird der nächste Redner

Abg. Dr. Hugenberg (Dnat): Er dankt zunächst für die Begrüssung, dann erinnert er daran, dass er in seiner letzten Reichstagsrede vor dem drohenden Röhreinbruch gewarnt habe, der dann auch Wirklichkeit geworden sei. (Zuruf links: "Sie haben dabei gut verdient!" Geschrei der Deutschnationalen und Nationalsozialisten.)

Präsident Löbe weist wegen eines solchen Rufs den Abg. Stöhr (Natsoz) aus dem Saale. Der Lärm steigt. Verschiedene Abgg. der Rechten werfen dem Präsidenten vor, dass er gegen den Beleidiger Hugenburgs nicht vorgehe. Abg. Dr. Goebbels (Natsoz) wird deshalb hinausgewiesen. Auf die Frage des Präsidenten bekennt sich Abg. Wels (Soz) zu dem Ruf und erhält dafür einen Ordnungsruf; ebenso Abg. Gok (Dnat), dem diese Bestrafung Wels' nicht scharf genug ist.

Abg. Dr. Hugenberg (Dnat) fortfahrend: Die Wohlfahrt und Gesundheit, die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes steht auf dem Spiel. Der Youngplan ist unerfüllbar. Seine Annahme bedeutet die Vollmacht zur Zerstörung des Reiches. Tardieu hat erklärt, dass Frankreich im Fall böswilliger Nichterfüllung deutsche Häfen und Gruben beschlagnahmen und das Rheinland wieder besetzen könne. Von dem erfüllungsbereiten Deutschland mit seinem unterwerfungswilligen Marxismus wird sich jeder geringschätzig abwenden. Das ist das Schicksal eines ehemals königlichen Volkes (Gelächter)! Wo bleiben die Fanfaren, mit denen man im Rundfunk das Volksbegehren bekämpft hat, das trotzdem von 6 Millionen angenommen wurde? (Heiterkeit) - Hugenberg schliesst, nachdem er die 6 Millionen Jasager vom Volksentscheid als Block der deutsch-christlichen Kultur gefeiert hat, mit dem Appell an die Mittelparteien, doch nicht für den Youngplan zu stimmen.

Reichsaussenminister Dr. Curtius:

Abg. Hugenberg hat daran erinnert, dass er vor der Ruhrbesetzung gewarnt habe, aber einen Weg zur Vermeidung der Ruhrbesetzung hat er nicht gezeigt. Heute sagt er, der Youngplan zerstöre die Freiheit und Einheit sowie die Kultur Deutschlands. Sie als der Führer der sogenannten "nationalen Opposition" glauben, allein über Deutschlands Einheit, Freiheit und Kultur befinden zu dürfen. (Grosser Lärm rechts) Wir glauben, dass wir mit dem Youngplan der deutschen Freiheit, Einheit und Kultur dienen, nicht aber mit den Methoden des Herrn Dr. Hugenberg. Nicht mit einem Wort hat er gesagt, was er an unserer Stelle tun würde. Er ist der Letzte, der sich darüber beschweren darf, wenn Bestimmungen für den Fall einer böswilligen ZerreiSSung des Plans eingefügt wurden, denn seine Agitation hat erst dazu geführt. (Grosser Lärm rechts und Rufe: "Unverschämtheit! Advokat Frankreichs!") Es ist ganz ausgeschlossen, dass diese Bestimmungen Frankreich zu einer Wiederbesetzung des Rheinlandes berechtigen könnten. (Ruf rechts: "Das hat Tardieu gesagt.") Nein, Tardieu ist falsch zitiert worden. Dr. Hugenberg hat nicht Äusserungen Tardiens vorgeführt, sondern einen Zeitungsbericht über angebliche Äusserungen des französischen Ministerpräsidenten. Herr Hugenberg hat Helfferich als den Schöpfer der Markstabilisierung gefeiert. Ich bedauere, dass heute nicht Helfferich anstelle Hugenberg die Opposition führt, aber an der Markstabilisierung hat das ganze deutsche Volk seinen Anteil, das ungeheure Opfer gebracht hat. Was soll denn nach Ablehnung des Youngplanes geschehen? (Ruf rechts: "Zunächst müssen dann Sie verschwinden!") Auf die zehn Fragen, die ich öffentlich an Hugenberg gerichtet habe, ist er heute nicht eingegangen. Ablehnung des Youngplanes bedeutet Rückkehr zum Dawesplan. Schacht hat erklärt, keiner könne verantworten, durch Festhalten am Dawesplan eine furchtbare Krise herbeizuführen. Die Reichsregierung folgt dem Bismarck-Wort: Ehre und Würde des Staates zu wahren, heisst ihn vor Krisen schützen! (Lebh. Beifall der Mehrheit),

Abg. Graf Reventlow (Natso) beantragt, die Rede des Aussenministers auf Staatskosten öffentlich anzuschlagen. (Lachen rechts) - Präsident Löbe: Ein solcher Antrag muss schriftlich eingereicht werden. (Heiterkeit)

Abg. Dr. Brüning (Z): Dem Dawesplan konnten wir freudiger zustimmen. Damals handelte es sich um die Sicherung unserer Währung, und man erhoffte allgemein von dem Vertragsabschluss eine Aera der friedlichen Verständigung mit unseren früheren Gegnern. Diese Hoffnungen sind schmerzlich enttäuscht worden. (Lebh. Zustimmung) Von Locarno-Geist war in vielen Äusserungen der Staatsmänner

unserer Gegner nichts zu spüren, und in ihrer Presse war ein grosses Mass von Verständnislosigkeit zu beachten, namentlich während der Haager Verhandlungen. Es klang so, als wollte man das deutsche Volk nur zum Zahlungsautomaten ohne eigenes Lebensrecht machen. Die Zeyreissungsklausel lässt alles vermissen, was man Locarno-Geist nennen könnte. Die Haltung Frankreichs in der Saarfrage stärkt nicht den Glauben an seinen Verständigungswillen. Schmerzlich mussten wir feststellen, welche Schwierigkeiten England uns in der Liquidationsfrage macht. Bei dieser Haltung der gegenwärtigen englischen Regierung scheint es nicht sicher, dass der völkerrechtliche Schutz des Privateigentums im Kriege durch eine bessere Gestaltung der Liquidationsverträge für die Zukunft garantiert wäre. Im Polenvertrag übernimmt Deutschland grosse finanzielle Opfer, Polen aber nur ideelle Zugeständnisse. Wir werden unsere Zustimmung von bestimmten Auskünften im Ausschuss abhängig machen. Wir wünschen grössere Sicherungen für die Zugeständnisse Polens. Wir wollen keine Zustimmung geben, die zu einem Hemmnis werden könnte für die Lösung der Probleme im Osten im Sinne von Vernunft und Gerechtigkeit. Allerdings ist den deutschen Unterhändlern die Arbeit dadurch sehr erschwert worden, dass es eine wirklich nationale Opposition, die die Stellung der Regierung gegenüber dem Ausland stärkt, nicht gibt. Sowohl die Übertreibungen der Partei und Presse Hugenburgs, wie die schlimme Kassenlage des Reichs haben die Arbeit der deutschen Unterhändler erschwert. Wir können dem Youngplan unmöglich in dritter Lesung zustimmen, wenn nicht vorher volle Klarheit über die Finanzlage des Reichs und die Finanzwirkungen des Youngplanes geschaffen, die deutsche Öffentlichkeit darüber aufgeklärt ist und die gesetzgeberischen Konsequenzen gezogen sind. Die Regierungskoalition kann dadurch nur gefestigt werden. Auf grossen Kapitalzufluss vom Ausland ist für die nächste Zeit nicht zu rechnen, ohne ihn aber gibt es keine Besserung des Arbeitsmarktes. Volle Aufklärung über die Finanzlage ist unentbehrlich. (Lebh. Beifall im Zentrum).

Abg. Thälmann (Komm): Diesem Sklavenvertrag werden wir niemals zustimmen! Die Sozialdemokraten greifen Schacht an, schlucken aber bedingungslos alles, was Schacht und das internationale Finanzkapital verlangen. Dem arbeitenden Volk wird alles abgenommen, während z.B. ein Generaldirektor Cuno von der Hapag 600 000.- Mark jährlich bezieht. Die Behauptung, dass die K.P.D. die Illegitimität erstrebe, ist eine schmutzige Verleumdung.

Abg. v. Rheinbaben (DVP) betont gegen Hugenberg, der grösste Patriot sei nicht derjenige, der den Mund am weitesten aufreisst und den längsten Wunschzettel aufstellt. Die Opposition verwechselt immer die Aufstellung von Forderungen mit Politik. Die in der Hugenberg-Presse immer wieder verwandte Überschrift "Deutsche Niederlage" verwirrt nur die Gemüter. Bei der gegenwärtigen Machtverteilung würde auch eine Hugenberg-Regierung von internationalen Konferenzen nicht deutsche "Siege" mitteilen können. Der Reichsbankpräsident hat mit seiner Behauptung, dass durch die im Haag beschlossenen Zusatzleistungen der Youngplan um Milliarden verschlechtert worden sei, viel Unruhe ins deutsche Volk getragen. Herr Hugenberg hat das Wort Rheinland überhaupt nicht ausgesprochen. Wir wehren uns dagegen, dass die so heiss ersehnte Rheinlandräumung so bagatellisiert und ebenso die Schaffung des neuen Rechts an Stelle der Versailler Methode. Jede Erschütterung der Bedeutung dieser Tatsache hilft nur den Chauvenisten in Frankreich. Von einem Verzicht auf die deutsche Zukunft im deutsch-polnischen Abkommen ist keine Rede. Die Verträge vom Haag sind eine Auflockerung des Versailler Systems. Dahin gilt es weiterzuarbeiten ohne Pessimismus und ohne die zersetzende Vergiftung unserer Jugend, wie sie der extreme Nationalismus übt. Dieses Vertragswerk ist der erste Schritt zum national wie der unabhängigen Deutschen Reich. (Beifall).

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.) Wir sind für die Verständigungspolitik. Man hat als den Hauptvorzug des Dawesplanes die Transferklausel bezeichnet.

Heute wird aber dem Youngplan als grösster Vorzug nachgerühmt, dass er die "gefährliche" Transferklausel nicht enthält. Während der Pariser Verhandlungen steckt wir eigentlich schon in der Transferkrise, aber damals wurde unsere Wirtschaftslage von der Regierung viel zu rosig geschildert. Die Linksregierung hat uns in die Finanzmisere hineingebracht; wer aber heute Herrn Hugenberg gehört hat, der muss jede Hoffnung fahren lassen, dass uns etwa eine Rechtsregierung Hilfe bringen könnte. Die Sanktionsbestrebungen unserer Vertragsgegner sind gerade durch Hugenbergs Volksbegehren gefördert worden. Das Abkommen mit Polen sichert die deutschen Bauern nicht vor einer Agrargesetzgebung, die gegen sie gerichtet sein kann. Kein ernsthafter wissenschaftlich arbeitender Mann im Ausland hält die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands aufrecht. Behauptet man immer, die Reparation beruhe nur auf der Schuldthese, so zwingt man die Gläubiger, sie aufrecht zu erhalten, da sonst die Reparation gefährdet erschiene. Uebrigens ist das Vorgehen Frankreichs menschlich immer noch eher zu verstehen, als der neue Raubzug der englischen Arbeiterregierung gegen Deutschland. Die einzige Lösung der Reparationsfrage liegt darin, dass Amerika dafür gewonnen wird, die Schulden der Alliierten herabzusetzen. Bei dieser traurigen Finanzlage können wir die Verantwortung für die Annahme des Youngplanes nicht übernehmen. Die Regierungsparteien haben uns durch ihre Bewilligungsfreiheit in diese Situation hineingebracht; wir haben Sie drei Jahre lang davor gewarnt. (Abg. Breitscheid: Haben Sie denn keine Anträge gestellt?) Nein, wir haben nur gewarnt.

Abg. Bayersdörffer (Bayer.VP.): Gegenüber dem Dawesplan ist zwar im Youngplan Deutschlands Reparationslast herabgesetzt, aber bei der schlimmen Wirtschaftslage Deutschlands ist auch diese Last viel zu schwer. In Uebereinstimmung mit dem Zentrum fordern wir, dass vor der Entscheidung über den Youngplan volle Klarheit über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reichs geschaffen ist. Erst bindende Vereinbarungen über die Gestaltung unserer zukünftigen Finanzgebarung und dann erst eine endgültige Stellungnahme zum Youngplan. Frankreich muss längst wissen, dass das Saargebiet deutsch ist und bleiben will, bei gutem Willen müsste Frankreich das Saargebiet freiwillig zurückgeben. Der grosse Wandel seit Versailles ist unverkennbar.

Abg. Graf Reventlow (Nat. Soz.) verliest eine Erklärung, in der die Vorlagen abgelehnt werden und zwar wegen der Kriegsschuldfrage als Grundlage der Reparationsschuld, Fortführung des Weltkrieges mit anderen Mitteln zur Liquidierung der deutschen Wirtschaft und des Deutschtums, was wieder zunehmenden Export deutscher Menschen zur Folge habe, planmässige Verminderungen deutschen Volksum, die 20 Millionen, die es nach Clemenceau zu stark ist. All das ermöglichen die Reichsregierung und ihre Parteien. Unter Heiterkeit bezeichnet der Redner die einzelnen Behauptungen der Regierung als unwahr. Die Zuhörer rufen dann auch nach des Redners Begründungsworten im Chor: "Das ist unwahr!" So z. B. wenn er sagt "die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei" ruft es links: "Arbeiterpartei ist unwahr!" Die Annahme des Youngplanes kann nur mit Zweidrittelmehrheit erfolgen. Das Freiheitsgesetz ist verfassungsmässig angenommen worden. (Heiterkeit). Man sollte unsere Haager Delegierten noch nachträglich durch das Brandenburger Tor einziehen lassen, die französische Regierung wird gern die Reparationskosten tragen. (Pfui! links) Sow ei unsere Delegierten hat Snowden weder die Ungarn noch die Oesterreicher behandelt, denn die wussten, was sie wollten, und bestanden darauf. Snowden hat unseren Delegierten gesagt: Kommen Sie doch endlich mal zum Schluss. (Lebh. Zustimmung links)! Nur schnell, dass Snowden, Tardieu und Kreuger nicht böse werden - das war der "Kampf" unserer Delegierten. Sie haben nichts erreicht, nicht einmal etwas verhindert. Die Politik des Silberstreifens seit 1924 steht im Zeichen der zielbewussten Unwahrhaftigkeit. Wir geben die letzte Hoffnung nicht auf, dass Herr Reichspräsident noch erkennt, was dem Deutschen Volk nützlich, und was ihm schädlich ist. Wir können uns seine Haltung nur so erklären, dass ihm ein geschlossener Kreis fernhält von der Mög-

lichkeit, sich die Wahrheit zu verschaffen. Dieser verehrungswürdige Mann!
(Rufe der Soz.: Goebbels!) Was Goebbels geschrieben hat, ist durchaus richtig.
Ich bin gegen Hindenburgsentimentalität, aber Ihre Hindenburgverehrung ist
Heuchelei. Wie hat ihn Ihre Presse vor seiner Wahl abgebildet! Mit einem Wort
kann er das Zustandekommen des Youngplanes verhindern. Spricht er es nicht, so
enttäuscht er die Erwartungen, die alle Deutschfühlenden auf ihn gesetzt haben.

Nach achtstündiger Sitzung wird die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr ve
tagt. Ausserdem Antrag Reventlow, die zweite Rede Curtius zu plakatieren.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Genfer Arbeitspensum.

Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsrats.

SPD. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat auf seiner dieser Tage in Genf stattgefundenen Konferenz ein gutes Stück Arbeit bewältigt. Ein kurzer Ueberblick über seine Beschlüsse ist schon deshalb angebracht, weil man auf diese Weise am ehesten eine Vorstellung von der Fülle der Genfer Aufgaben erhält und dabei einen Blick in die grosse sozialpolitische Werkstatt des Internationalen Arbeitsamtes tun kann. Schon eine flüchtige Aufzählung der einzelnen Arbeitspunkte der Verwaltungsratsstagung zeigt, was zur Zeit in Genf in erster Linie durchgeackert werden muss: Vorbereitung der grossen Konferenzen, Kohlenfrage, Angestelltenausschuss, Textilenquête, Regelung der Arbeitsbedingung in der Flusschiffahrt, Arbeitszeit in den Tafelglashütten usw. Es war eine reichlich vollgepackte Tagesordnung, die den Verwaltungsrat beschäftigte.

Erfreulich ist vor allem der vom Verwaltungsrat mit 15 gegen 5 Stimmen gefasste Beschluss, die Arbeitszeit im Kohlenbergbau auf die Tagesordnung der diesjährigen Arbeitskonferenz zu setzen. Die Frage der internationalen Regelung der Löhne soll der Arbeitskonferenz 1931 in Form eines Berichtes unterbreitet werden, um ihr die Möglichkeit zu geben, sich über die tatsächlichen Verhältnisse, über Art und Höhe der Lohnzahlung im Bergbau der verschiedenen Länder zu unterrichten.

Bei der Festsetzung des Arbeitsplans der Arbeitskonferenzen dieses und des nächsten Jahres wurde beschlossen, 1930 keine Schiffahrtskonferenz einzuberufen. Die zweite Beratung der Schiffahrtsfragen - die erste fand im Oktober vergangenen Jahres statt - will man auf einer besonderen Schiffahrtskonferenz 1931 erledigen. Die hierfür erforderlichen Beschlüsse wird der Verwaltungsrat im April fassen. Die am 10. Juni ds. Js. in Genf beginnende nächste allgemeine Arbeitskonferenz hat nach den Beschlüssen des Verwaltungsrates nunmehr folgende Tagesordnung: 1. Arbeitszeit im Kohlenbergbau, 2. Zwangsarbeit (zweite Beratung) und 3. Arbeitszeit der Angestellten (zweite Beratung). Im Jahre 1931 wird sich die Arbeitskonferenz zum ersten Mal mit den im Friedensvertrag vorgesehenen, alle 10 Jahre zu erstattenden, Berichten über die Durchführung der Uebereinkommen und ihre praktischen Ergebnisse befassen. Es handelt sich hier nicht um die jährlichen Berichte der Regierungen über die zur Durchführung der Ratifikationen ergriffenen Massnahmen; die Zehnjahresberichte bezwecken vielmehr, die internationale Arbeitsorganisation über Wirkung und Wert der Uebereinkommen zu unterrichten. Auf der Konferenz von 1931 wird ausserdem neben der Lohnfrage des Kohlenbergbaus auch die Frage des Mindestalters für die Zulassung von Kindern in nichtgewerblichen Berufen zur Erörterung kommen.

Einer der wichtigsten Beschlüsse der Verwaltungsratsstagung ist die endgültige Einsetzung des Angestelltenausschusses beim IAA. Dem Ausschuss gehören 12 Angestelltenvertreter, 3 Mitglieder des Verwaltungsrates und 3 Mitglieder der Arbeitgeber an. Bei Streitfragen über die Zuständigkeit des Angestelltenausschusses oder des bereits bestehenden Ausschusses für die geistigen Arbeiter entscheidet der Verwaltungsrat.

Die grosse Textilenquête kann, nachdem der Verwaltungsrat die Vorschläge des Ausschusses über die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie angenommen hat, nunmehr vor sich gehen. Die Erhebung soll sich in erster Linie auf die

Woll- und Baumwollindustrie und später auf die Kunstseidenindustrie erstrecken und zwar nur auf Betriebe mit motorischer Kraft. Der Fragebogen wird aus zwei Teilen bestehen; der erste bringt statistische Unterlagen über Löhne und Arbeitszeit, der zweite Feststellungen über die Methoden der Regelung der Arbeitszeit, der Lohnzahlung, der Familienzulagen, der Sozialversicherungsbeiträge usw. Die Auskünfte müssen für Männer und Frauen getrennt gegeben werden, ebenso muss in der Erhebung eine Trennung der verschiedenen Altersgruppen: Arbeitnehmer unter 14 Jahren, von 14 - 18, von 18 - 21 und über 21 Jahre erfolge. Eine weitere Unterscheidung soll für Zeit- und Stücklohnarbeiter eingeführt werden.

Ueber die Arbeitszeitregelung und die Ruhezeiten in kontinuierlichen Tafelglashütten will der Verwaltungsrat durch eine besondere Untersuchung des IAA Klarheit schaffen lassen. Dabei soll vor allem die Möglichkeit des Vier-Schichten-Systems von je 8 Stunden in den mechanischen Tafelglashütten und in andere Glasfabriken mit ununterbrochener Arbeit Berücksichtigung finden.

In der Frage der Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen in der Flussschifffahrt der wichtigsten europäischen Länder hat der Verwaltungsrat die Bildung eines Sachverständigenausschusses angeregt; dieser Ausschuss soll die erforderlichen Unterlagen sammeln und vorschlagen, welche Fragen Gegenstand einer internationalen Regelung sein können.

Der Antrag der Freien Stadt Danzig, um Aufnahme in die internationale Arbeitsorganisation wurde infolge der umfangreichen Tagesordnung vom Verwaltungsrat zunächst vertagt. Gegenüber der in einem Teil der Presse ausgesprochenen Vermutungen, man habe in den Kreisen des IAA Bedenken diplomatischer Art gegen die Aufnahme Danzigs, muss betont werden, dass ganz im Gegenteil das IAA die Aufnahme Danzigs begrüssen würde. Die aus dem Friedensvertrag erwachsenden Schwierigkeiten - nach dem Friedensvertrag werden die Angelegenheiten Danzigs von Polen wahrgenommen - dürften auf Grund der Praxis der internationalen Arbeitsorganisationen leicht zu überwinden sein.

Die nächste Tagung des Verwaltungsrats findet in der Zeit vom 24. bis 29. April in Paris statt. Sie wird eine Art Jubiläumstagung sein, da die erste Konferenz des Verwaltungsrates vor zehn Jahren ebenfalls in Paris stattgefunden hat.

SPD. Die Reichskonferenz der Bergbauindustriearbeiter beschäftigte sich nach der Aussprache über die Wirtschaftslage und die Zollfrage mit dem Problem der internationalen Kohlenregelung. Den Bericht über den Verlauf der Genfer Vorkonferenz erstattete der zweite Verbandsvorsitzende August Schmidt.

Schmidt betonte, die Tatsache, dass die Arbeitszeitfrage des Bergbaus auf die Tagesordnung der internationalen Arbeitskonferenz vom Juni ds. Js. gesetzt wurde, bedeute angesichts der grossen Schwierigkeiten, die der Regelung des Kohlenproblems im Wege stehen, bereits einen sehr beachtenswerten Fortschritt. Dass die schwierigen Probleme der Kohlenkrise, vor allem Arbeitszeit- und Lohnfrage, nicht auf den ersten Hieb zu lösen seien, liege auf der Hand. Allein die internationale Regelung der Kohlenbasis sei in Fluss, und die Aufgabe der Bergarbeiter bestehe darin, nicht eher zu ruhen, bis eine befriedigende Lösung gefunden sei.

Martmöller vom Hauptvorstand behandelte die Frage der Taktik bei Lohn- und Tarifverhandlungen. Sein Vortrag, der mehr internen Charakter hatte, brachte eine Reihe von Anregungen für die kommenden Bewegungen. Er machte darauf aufmerksam, dass die kommenden Wirtschaftskämpfe sich ausserordentlich schwierig gestalten werden und die Arbeitgeber auch das Gebäude der Sozialgesetzgebung weit stärker berennen würden, als bisher. Diesen Angriffen gegenüber müsse die Arbeiterschaft sich rüsten. Die deutsche Bergbauindustriearbeiterschaft habe

die Pflicht, sich schleunigst restlos zu organisieren; denn nur starke Organisationen böten genügend Garantie für Erhaltung der des bisher sozial und wirtschaftlich Errungenen und für weitere Erfolge.

Die Agitationsfragen behandelte Schudy=Bochum. Er legte einen im Auftrage des Vorstandes ausgearbeiteten grossen Werbeplan vor. Die Konferenz hiess den Plan gut und beschloss seine sofortige Durchführung, um die Aktionskraft des Verbandes im Interesse der Belegschaft des Bergbaues zu stärken.

Die Frage der Sitzverlegung der Verbandszentrale nach Berlin löste eine lebhaftige Debatte aus. Die Reichskonferenz lehnte die Verlegung des Vorstandesitzes von Bochum nach Berlin ab.

SPD. Eine vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands einberufene Reichsberufskonferenz der Beamten und Anwärter des nichttechnischen Betriebs- und Verwaltungsdienstes (Assistenten- und Inspektorenlaufbahn), die dieser Tage in Köln stattfand, nahm zur Beamtenpolitik der Reichsbahn, zu den Gerüchten über eine angebliche Gehaltskürzung, zum Beamtenvertretungsgesetz und zur Laufbahnfrage eingehend Stellung. Die Grundlage der Erörterung bildeten zwei Vorträge; der eine "Gegenwartsaufgaben der Interessenvertretung" wurde von Kramer Berlin, dem Tarifabteilungsleiter des Verbandes, gehalten.

Die Konferenz nahm die Personalpolitik der Reichsbahn=Gesellschaft scharf unter die Lupe. Sie brachte in ihrer Kritik zum Ausdruck, dass die Personalpolitik der Verwaltung von den Reichsbahnbeamten und Anwärtern als doppelzünftig empfunden wird. Die Reichsbahn verbaue systematisch die Möglichkeit, Beamter zu werden, und zwar vor allem für die Beamtenanwärter, die im Arbeiterverhältnis stehen. In einer Entschliessung stellte die Konferenz fest, dass auch der Einheitsverband mit Entschiedenheit die Beibehaltung des Beamtenverhältnisses fordert. Der Verband verlange von der Gesellschaft eine Personalpolitik, die auch den Beamtenanwärtern im Lohnverhältnis die Ueberführung in die entsprechende Beamtenstelle nach Abschluss der Ausbildung sicherstelle. Die Einführung des Angestelltenverhältnisses unter Preisgabe des Beamtenverhältnisses wurde von der Konferenz abgelehnt.

Gegenüber den Gehaltskürzungsgerüchten wurde auf der Konferenz sehr energisch darauf hingewiesen, dass eine solche Kürzung gerade die Beamten der unteren mittleren Gruppen unsozial und ungerecht belasten müsse. Die Versuche des Deutschen Beamtenbundes, mit diesen Gerüchten gegen die sozialdemokratische Partei und den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund Stimmung zu machen, wurde von dem Vertreter des Provinzialkartells Rheinland=Westfalens des ADB., Schidlewski Köln, scharf verurteilt.

Zu den Laufbahnrichtlinien nahm die Konferenz eine Entschliessung an, worin im Interesse des Aufstieggedankens gegen die Ueberspannung des Berechtigungswesens Front gemacht wird. Die Ueberspannung der Vorbildungsfrage werde zu einer Gefahr für einen gesunden Aufstieg innerhalb der Beamtenschaft. Die Konferenz dankt dem ADB., dass er in dieser Frage im Gegensatz zum DBB. eine Haltung eingenommen habe, die den berechtigten Interessen der breiten Volksschichten gerecht werde. Im Bezug auf das Beamtenvertretungsgesetz forderte die Konferenz, dass vor allem bei der Reichsbahn die Beamtenräte ein ausreichendes Mitwirkungsrecht erhalten. Die Arbeit des Einheitsverbandes für die Interessen der Reichsbahnbeamten fanden auf der Tagung rückhaltslose Anerkennung.



Weltwarenmärkte.

(Weiteres Sinken der Preise.)

SPD. Entsprechend der Konjunktorentwicklung in den wichtigsten Industrieländern hat sich die Lage auf den Metallmärkten kaum verbessert. Die Bestände des amerikanischen Kupferkartells sollen nach einer kräftigen Steigerung im Monat Januar auch mehr als eine Monatsproduktion betragen. Dabei ist die Kauflust der Verbraucher in allen Ländern gering. Das Kartell versichert immer wieder, dass es nicht daran denke, mit den Preisen weiter herunterzugehen, und damit stimmt überein, dass grosse Erzeugergruppen ihre Produktion eingeschränkt haben. Auf jeden Fall hat man bis jetzt damit erreicht, dass die Kauflust nicht ganz eingeschlafen ist. Dagegen ist es der Spekulation auf dem Bleimarkt gelungen, den Preis zu behaupten und Zinn konnte sich sogar nach einem ziemlich starken Sturz etwas erholen. Aber die Umsätze in beiden Metallen sind klein. Besser umgesetzt wurde Zinn, für das wieder mit angeblich bereits fest vereinbarten Einschränkungsabsichten lebhaft Stimmung gemacht wird. Im Grunde genommen ist aber die Stimmung auf allen Märkten gedrückt. Besonders schlimm sieht es um Silber aus. Sein Preis ist auf einen neuen Tiefstand gesunken. Er konnte sich auch trotz aller amerikanischen Versuche, den Markt zu stützen, nicht erholen. Der Silberpreis lag nach der Londoner Notierung im Jahre 1913 zwischen 25 und 29 Pence pro Unze (eine Unze = 31,10 Gramm). Der Preis schwankte während des Jahres 1929 zwischen 21,5 und 26,5 Pence. Er ging im neuen Jahr bis auf etwas unter 21 Pence zurück.

Auf dem Gummimarkt erweisen sich die Anlieferungen immer noch grösser als der Bedarf. Dadurch erklärt sich der fortwährende Druck auf die Gummipreise. Die Verhandlungen zwischen den holländischen und englischen Pflanzern über die Einschränkung der Gummiproduktion gehen weiter. Es scheint auch sogar, als ob die englische und die holländische Regierung nicht abgeneigt wären, Drosselungspläne hinreichend zu unterstützen. Der Zuckermarkt ist weiter verflaut, trotzdem man mit angeblichen kubanischen Einschränkungsabsichten Stimmung machte. Da blieb ohne Wirkung, weil der Markt durch den nordamerikanischen Senatbeschluss, die bisherigen Zuckerzölle beizubehalten, einen Stoss erhielt, von dem er sich bis jetzt nicht erholen konnte. Gegenwärtig hofft der Zuckermarkt darauf, dass der englische Schatzkanzler den Zuckerzoll beseitigt. Dem gegenüber konnte der Kaffeepreis sich steigern. Es zeigt sich, dass die scharfen Preisrückgänge im letzten Jahr zu einem vermehrten Verbrauch geführt haben.

Auf den Textilrohstoffmärkten haben sich die Preisrückgänge fortgesetzt. Das gilt besonders für Wolle, bei der sich das Vordringen der Kunstseide immer mehr geltend macht. Dabei sind die Schurergebnisse der grossen Schafzuchtländer insbesondere die Ergebnisse in Australien nicht einmal gestiegen. Aber die Verkäufer, die im vergangenen Jahr schon die Preise nur ganz vorübergehend behaupten konnten, vermochten trotz Zurückhaltung der Ware Rückgänge von 15 bis 25 % nicht zu verhindern. Ausserdem mussten grosse Mengen von den Auktionen zurückgezogen werden. Die Aussichten auf dem Wollmarkt sind gerade nicht rösig.

Auf dem Baumwollmarkt müssten die Dinge eigentlich anders stehen. Die nordamerikanische Ernte war nur eine Mittelernte. Ausserdem soll sie viel schlechteres Material enthalten. Das hätte die Preise günstig beeinflussen.

müssen, was aber nicht der Fall ist. Allem Anschein nach hat die amerikanische Krise das nordamerikanische Textilgewerbe schärfer getroffen, als man bisher angenommen hat. In der nordamerikanischen Baumwollproduktion will man deshalb auch zu Zwangsmassnahmen greifen, um die Preise nach oben zu beeinflussen. Die neugegründete Zentralgenossenschaft hat bereits erklärt, man könne nicht fortwährend Kredite (zur Stützung der Preise) ins Blaue hinein geben, wenn die Baumwollproduktion fortwährend gesteigert würde. Man müsse die Produktion dem Bedarf anpassen. In diesem Zusammenhang wird eine Verminderung der Anbaufläche von 46 Millionen Acres auf 40 Millionen empfohlen.

SPD. In einer längeren Darstellung nimmt der Direktor der Berliner Verkehrs-gesellschaft, Dr. Ing. Majerczik, der als Techniker und Wirtschaftler einer ausgezeichneten Ruf genießt, Stellung zu der Frage der Finanzierung der Kommunalbetriebe. Nachdem er die Notwendigkeit eines schnellen Ausbaus der städtischen Versorgungsbetriebe aus volkswirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gründen dargelegt hat, kommt er zu dem Schluss, "dass die öffentlichen Unternehmungen versuchen müssten, einen Teil ihrer Kapitalsbedürfnisse aus eigenen Mitteln zu finanzieren, da Anleihen nicht in ausreichender Masse zur Verfügung ständen."

Majerczik empfiehlt damit die Selbstfinanzierung; aber nicht die übliche Selbstfinanzierung, die die Kosten durch erhöhte Preise auf die Verbraucher abwälzt. Er schlägt vielmehr vor, dass "die Betriebsüberschüsse nicht mehr wie bisher für die Zwecke des allgemeinen Haushalts verwendet werden." Man muss dabei berücksichtigen, dass der Ausbau der städtischen Betriebe vielfach aus allgemeinen Mitteln erfolgt ist, dass aber die Erträgnisse der Versorgungsbetriebe in vielen Fällen und oft zu überreichlich für den allgemeinen Finanzbedarf herangezogen wurden. Diese Tatsache hat ja auch den öffentlichen Betrieb in den Ruf gebracht, zu teuer zu arbeiten; dieser ist aber so recht geeignet, den Gedanken der kommunalen Regie gründlich zu schädigen.

Von der Durchführung des Gedankens verspricht sich Dr. Majerczik eine Reihe von Vorteilen, die nicht zu verkennen sind. So würde sich z.B. das Verhältnis zwischen Eigenbesitz und Anleihebelastung bei den öffentlichen Versorgungsbetrieben verbessern, was günstige Ergebnisse hinsichtlich des Ertrages haben müsste. Es entsteht nun die andere Frage, wie die Städte den verlangten Ausfall decken sollen. Der Weg einer Steuererhöhung, der am nächsten liegt, wird in nächster Zeit wohl kaum und nicht genügend besprochen werden können. So bliebe den Städten schliesslich nur der Anleihemarkt übrig. Es zeigt sich damit nur, dass man in der Wirtschaft nichts vertuschen kann. Die Anleihenbelastung für die Städte in der Vergangenheit hat den Kapitalbedarf der städtischen Werke aufs dringendste gesteigert. Drückt man diesen Kapitalbedarf durch Selbstfinanzierung, so wird sich bei den Städten ein zusätzlicher Bedarf geltend machen. Die Wirtschaft ist eben ein "Pott", aus dem man nichts herausnehmen kann, ohne dass sich das an anderer Stelle zeigt.

Wir begrüßen selbstverständlich den Gedanken, den Kapitalbedarf der städtischen Werke mehr als bisher aus den Überschüssen zu befriedigen. Im übrigen sehen wir die notwendige Hilfe nur darin, den Weg für eine vernünftige Anleihepolitik der Städte frei zu machen. Der Augenblick scheint jetzt nach der bevorstehenden Annahme des Youngplanes gekommen zu sein.

SPD. Auf der Tagung der Deutschen Landmaschinen-Industrie in Berlin ging der Geschäftsführer Dipl.-Ing. Dr. Hillmann auch auf die Zollfrage ein und erklärte, "dass die Landwirtschaft durch die vor Weihnachten vom Reichstag beschlossenen Zollerhöhungen auf Getreide, Getreideerzeugnisse, Vieh und Fleisch

sowie durch Änderung des Einfuhrscheinsystems einen Schutz erhalten habe, dessen Verwirklichung in dem jetzt vorgesehenen Umfange die Landwirtschaft wohl selbst vor einiger Zeit kaum für möglich gehalten hätte. Dass diese Zollerhöhungen ein schwereres Hemmnis für die Maschinenausfuhr wie überhaupt für unsere ganze industrielle Ausfuhr bedeuten, haben die mit verschiedenen Ländern gepflogenen Verhandlungen bereits zur Genüge bewiesen."

Damit bescheinigt eine sicherlich der Landwirtschaft nahestehende Organisation, welcher Unfug die neuen Forderungen der Grünen Front sind. Im übrigen wurde auf der Tagung der Deutschen Landmaschinen-Industrie eine bessere technische Ausbildung der Landwirte, Errichtung von leistungsfähigen Maschinenberatungsstellen bei den Landwirtschaftskammern, technische Ausbildung der landwirtschaftlichen Lehrer und Ausbau der maschinentechnischen Referentenstellen bei den einzelnen Ministerien gefordert.

SPD. Nach den vorliegenden Zahlen hat sich die Pro-Kopf-Leistung der Untertagearbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau von 1562 Kilogramm im Oktober 1929 auf 1584 kg im November 1929 erhöht. Bei der Gesamtbelegschaft liegt eine Steigerung von 1278 auf 1296 kg vor. Der Barverdienst steigerte sich während derselben Zeit im Durchschnitt von 10,31 auf 10,40 Mark. Der Anteil des Lohnes an der Tonne geförderte Kohle ging von 8,07 auf 8,02 zurück. Da die Förderung in der in Frage kommenden Zeit etwa 10,7 Millionen Tonnen betrug hat die fortschreitende Rationalisierung dem rheinisch-westfälischen Bergbau wieder ein nettes Sümmchen eingebracht.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 11. Februar)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen	RM.	1,15	-	1,40
" Weizenstroh "	"	1,10	-	1,30
" Haferstroh "	"	1,00	-	1,20
" Gerstenstroh "	"	1,00	-	1,10
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	"	1,20	-	1,40
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	0,95	-	1,15
" Weizenstroh	"	0,85	-	1,00
Häcksel	"	1,75	-	1,95
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	2,00	-	2,40
Gutes Heu, gesund und trocken	"	2,70	-	3,20
Luzerne, lose	"	-	-	-
Thymothee, lose	"	4,00	-	4,40
Kleeheu, lose	"	3,90	-	4,30
Mielitz-Heu, lose, rein	"	-	-	-
" " " (Warthe)	"	-	-	-
" " " (Havel)	"	-	-	-
Drahtgepresstes Heu	Pf.	40	über	Notiz.
Tendenz still.				

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 11. Februar: I. 158 Mark, II. 143 Mark, III. 127 Mark je Zentner. Tendenz stetig

Besseres Mehlgeschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 11. Februar.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse vom Dienstag verkehrte in fester Haltung. Stramme Auslandsmeldungen und kleines Inlandsangebot hatten zur Folge, dass die Preise sich stark befestigen konnten, zumal auch die Nachfrage nach Mehl bedeutend grösser geworden ist. Am Lokomarkt beliefen sich die Preisgewinne an Weizen auf 2 Mark und darüber, während sich am Markte der Zeitgeschäfte Preissteigerungen von $2\frac{1}{2}$ - $3\frac{1}{2}$ Mark zeigten. Auch Roggen konnte von dieser Belebung profitieren, immerhin waren hier die Preissteigerungen nicht ganz so bedeutend wie beim Weizen. Mehl hatte schon am Vortage nachmittags besseres Geschäft, was viele Mühlen veranlasste, ihre Forderungen zu erhöhen. Diese erhöhten Forderungen wurden jedoch von den Käufern nicht bewilligt, sodass das Geschäft wieder ruhiger verlief. Hafer hatte gleichfalls gut stetige Tendenz. Hohe Preise liessen sich jedoch nur für Exportwaren durchsetzen, während im Platzgeschäft die Preise zumeist unverändert blieben.

	10. Februar	11. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	235 - 238	237 - 240
Roggen	157 - 163	159 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industrierogerste	138 - 147	138 - 147
Hafer	123 - 133	123 - 133
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,25-35,00	28,25-35,25
Roggenmehl	21,00-24,75	21,25-25,00
Weizenkleie	7,75- 8,50	7,75- 8,50
Roggenkleie	7,75- 8,25	7,75- 8,25

Handelsrechtliche Lieferungs geschäfte: Weizen März $252\frac{1}{2}$ - $254\frac{1}{2}$ (Vortag 251), Mai 264 - $265\frac{1}{2}$ ($262\frac{1}{2}$), Juli $274\frac{1}{2}$ (272). Roggen März 175 - $175\frac{3}{4}$ ($174\frac{1}{2}$), Mai 184 und Geld (183), Juli $183\frac{3}{4}$ - $184\frac{1}{4}$ Geld ($183\frac{1}{2}$). Hafer März 139 ($137\frac{1}{2}$), Mai 147 - 146 - 147 ($144\frac{1}{2}$), Juli $151\frac{3}{4}$ (-).

Berliner Viehmarkt.

SPD. Auf dem Schweinemarkt erzielten nur Sauen, die knapp waren, höhere Preise. Im übrigen befriedigten die (Inlands)Zufuhren durchweg den Bedarf. Die Preise konnten, im Gegensatz zu den westdeutschen Märkten, wo Einbrüche von 1 bis 4 Pfennigen zu konstatieren sind, behauptet werden. Auf dem Kälbermarkt ist der Preisrückgang zum Stillstand gekommen. Bei glattem Geschäft zogen die Preise an. Auf dem Rindermarkt, wo die Zufuhren grösser hätten sein können, gab es für magere Bullen gutes Geschäft; Ochsen und Färsen konnten die letzten Notierungen behaupten.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 42-45 (voriger Markt 42-46), b) 32-40 (32-40), c) 26-30 (26-30), d) 22-25 (20-25), Kälber: a) -, b) 75-83 (72-81), c) 62-76 (60-74), d) 50-60 (46-58), Schweine: a) (über 300 Pfund) 79-80 (80), b) (240-300 Pfd.) 79-80 (80), c) (200-240 Pfd.) 78-80 (79-80), d) (160-200 Pfd.) 76-79 (77-79), e) (120-160 Pfd.) 74-75 (74-76), f) (unter 120 Pfund) -, g) (Sauen) 71-72 (70).

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 11

Berlin, den 11. Februar 1930.

Tragödie der Pflegemutter.^x

SPD. Es war nur eine Lokalnotiz, die davon Kunde gab: Eine alte Frau hatte Selbstmord begangen, weil sie den Abschied von ihrem Pflegekinde nicht hatte überwinden können. Das Kind hatte ihr vor zwei Jahren die Mutter selbst gebracht: Ein kleines Mädchen, kaum ein paar Wochen alt. Der Vater des Kindes hatte keine Arbeit, auch eigene Wohnung hatten die jungen Leute nicht, und die Mutter war von Herzen froh, dass sich eine gute Bekannte bereit fand, das Kind aufzunehmen, ohne je ein Pflegegeld zu fordern. Das Kind hatte es gut. Die kinderlose, alternde Frau blühte noch einmal auf, erlebte mit dem fremden Kinde Mutterfreuden und vergass, dass es ja nur geborgte Freuden waren. Alle Liebe ihres einsamen Herzens gab sie dem Kinde, das zu einem zierlichen, hübschen Mädchen heranwuchs. Zwei Jahre war das Kind alt, als es dem Vater der Kleinen endlich gelang, eine Wohnung für sich und seine Frau zu finden, und als er endlich eine Arbeit gefunden hatte, die es der Mutter des Kindes ermöglichte, zu Hause zu bleiben, anstatt ebenfalls in den Betrieb zu gehen. Da wollte die Mutter ihr Kind zurück haben, und die Pflegemutter durfte die Herausgabe des Kindes nicht verweigern. Es halfen nicht ihre Bitten, nicht die Tränen des Kindes, dem Mutter und Vater fremder waren als die "fremde" Frau. Verwundert sahen die Menschen auf der Strasse dem Manne nach, der ein sonntäglich geputztes weinendes und schluchzendes Kind trug, das jammernd nach seiner "Mutti" schrie. Zur gleichen Zeit, als der Vater das vom Weinen erschöpfte Kind der Mutter in den Arm legte, öffnete die Pflegemutter alle Gashähne.

Das ist eine Geschichte ohne alle Sensation, über die die Mehrzahl der Zeitungsleser wohl gleichgültig hinwegliest. Sie berührt aber ein Problem, mit dem sich alle beschäftigen sollten, die sich ein Empfinden dafür bewahrt haben, wie viel Unrecht in unserm sogenannten Recht steckt. Sie rührt an das Problem des "in Pflege" gegebenen Kindes, das wie eine tote Sache auf irgend einen Rechtsanspruch hin den "Pfleger", den "Besitzer" wechseln muss. Dabei gibt es noch traurigere Fälle als den oben geschilderten: So das Schicksal des unehelichen Kindes oder der Halbwaive, der Kinder, die der Fürsorge der Gemeinde übergeben werden und durch die Gunst des Zufalls gute Pflegeeltern finden. Jahrelang sind sie von ihren Blutsverwandten scheinbar völlig vergessen; aber wenn sie sich ungefähr "handlich" geworden sind, regt sich plötzlich "die Stimme des Blutes." Mutter oder Vater fordern die Elf-, Zwölf- Dreizehnjährigen zurück und die Jugendämter, die Behörden sind nur zu froh, das Kind nun in "geordnete Verhältnisse" überführen zu können - das heisst: in Verhältnisse, die den Stadtsäckel von den Unterhaltskosten entlasten. Selbst wenn die Pflegeeltern auf jedes weitere Entgelt verzichten, dürfen sie die Kinder nicht behalten - auch das persönliche Empfinden des Kindes spielt keine Rolle: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Elternteiles, der das Kind zurückverlangt, nicht geradezu verwahrlost, können ihm nicht grobe sittliche Verfehlungen oder Trunksucht oder dergleichen nachgewiesen werden, dann muss selbstverständlich das Kind zu ihm zurückkehren. Oft genug wird dadurch der ganze Lebensplan des Kindes zerstört; vielleicht wurden schon im Kreise der pflegeelterlichen Familie Zukunftspläne geschmiedet, die dem Jungen oder dem Mädchen das Ergreifen eines seinen Fähigkeiten angemessenen Berufes ermöglichen sollten - das hat alles

nichts zu sagen. Mag dadurch auch eine grosse Begabung verschüttet werden - "das Kind gehört den Eltern." Selbst wenn die egoistischen Beweggründe der neuerwachten "Elternliebe" recht deutlich sind, gibt es immer noch Richter, die die "Heiligkeit der Bande des Blutes" respektieren. So wird das Kind, ohne um seine Meinung befragt zu werden, aus dem Wurzelboden der Heimat seines Herzens herausgerissen - die wenigsten überstehen diese brutale Operation ohne Schaden an Leib und Seele.

Wir sind im allgemeinen heute noch immer zu sehr geneigt, die Probleme der häuslichen Erziehung vom Autoritätsstandpunkt aus zu erledigen. In wie viel schlechteren Händen aber liegt die Erziehung eines Kindes bei Menschen, die seine Aufnahme in den "Familienverband" einfach vom Nützlichkeitsstandpunkt aus betrachten! Man nimmt den Zehnjährigen "zurück" - da spart man einen Hütejungen. Man fordert die Zwölfjährige von Pflegeeltern und Jugendamt zurück - nun kann sie ja schon recht nett in der Wirtschaft helfen, damit die Mutter Heimarbeit annehmen kann, oder man kann sie so gut als Hüterin für die Kinder aus zweiter Ehe brauchen. Täglich ereignen sich diese und ähnliche Tragödien, deren Opfer Pflegemütter und Pflegekinder sind. Immer wieder stellen Pflegeeltern bei ihren Gesuchen um Ueberweisung eines Pflegekindes an die Waisenhäuser die Bedingung: "Aber am liebsten eine Vollwaise". Man muss einmal gesehen haben, mit welcher Liebe so ein "Familienkind" in einer proletarischen Familie, in der die Kinder halb und ganz erwachsen sind, umhegt und umsorgt sind. Man muss es erlebt haben, wie elternde, kinderlose Frauen ihre ganze Liebe diesem "Ziehkind" geben, um zu begreifen, was diesen Kindern mit der mechanischen Entscheidung: Das Kind gehört zum Vater (oder zur Mutter), genommen wird. Sie überwinden diese Aufregung manchmal in ihrem ganzen Leben nicht wieder. Wehrlos fühlen sie sich einer fremden, unverständlichen Macht ausgeliefert; es wird den Eltern zumeist nicht möglich sein, die Hassgefühle, die diese Vergewaltigung in den Kindern erwecken muss zu besiegen. Mehr noch: Mancher junge Mensch erwirbt sich hier den "Minderwertigkeitskomplex", der ihm vielleicht sein ganzes Leben verdirbt, ihn in Melancholie, sogar zum Selbstmorde treiben kann. Nur ganz robuste Naturen werden aus Trotz gegen das Schicksal wenigstens äusserlich Lebenserfolge erzielen: Ihre psychische Ruhe ist jedoch genau so gestört, wie die ihrer zarter organisierten Leidensgefährten. Die Pflegemutter, der man solch ein Kind von ihrem Herzen gerissen hat, trägt aber selbst dann eine schwer vernarbende Wunde in ihrer Seele davon, wenn es nicht zu dem oben geschilderten tragischen Ausgange kommt, wenn ihr Mutterinstinkt sie vielleicht sogar zwingt, immer wieder den Versuch zu machen, sich ein Kind gross zu ziehen, auf das sie keine gesetzlich verbrieften Rechte hat.

Erfreulicherweise gibt es schon einige Jugendämter und Richter, die bei derartigen Fällen nicht rein mechanisch nach dem Buchstaben entscheiden, die das Wohl des Kindes selbst dann zur Richtschnur ihres Handels machen, wenn sich dadurch eine Belastung der öffentlichen Wohlfahrt nicht immer vermeiden lässt. In den meisten Fällen wird jedoch nur danach gefragt, ob das Kind in materiell gesicherte und "moralisch" einwandfreie Umgebung kommt. Der "Verein zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Misshandlung" hat in seinen Akten manchen Fall, der beweist, welch hartnäckiger Kampf manchmal noch notwendig ist, um dem Kinde sein allererstes Menschenrecht zu sichern: Das Recht auf Liebe, die sich ihm freiwillig bietet. Es ist ein Segen, dass dieser Kampf geführt wird, aber eine Schande, dass er noch notwendig ist. Die Vertreter des Proletariats in den Ländern und Kommunen sollten dafür sorgen, dass endlich auch bei uns Gesetze geschaffen würden, die in dem Kinde von heute den Bürger des Staates von morgen respektieren - denn die Kinder sind es, die das Werk, das wir begonnen haben, zu Ende führen müssen.

Rose Ewald.

Die richtige Schule.^x

SPD. Wieder naht ein Zeitabschnitt, der vielen Eltern ernste Ueberlegungen und Sorgen bringt. Der 1. April hat sich ganz allgemein als Beginn des neuen Schuljahres durchgesetzt, und Wochen und Monate vorher bangt und seufzt die Schuljugend: O, die Versetzung! Noch grösser sind die Entscheidungen, wenn es sich nicht nur um einen Abschnitt der Schulzeit, sondern um einen Lebensabschnitt handelt. Ich will heute nicht von den Sechsjährigen sprechen, für die am 1. April, wenn sie zum erstenmale mit der Mappe auf dem Rücken über die Strasse geben, die Zeit des freien Spiels aufhört, und an die zum erstenmale Begriffe wie Pünktlichkeit und Pflichterfüllung, wenn auch in kindlichster Form, herantreten. Ich will auch nicht an die Jugendlichen denken, die am 1. April die Schule verlassen und nun vor der ungeheuer schweren Frage stehen: Was soll ich werden? Eine Frage, die vielleicht noch nie so schwer zu beantworten war wie heute, wo schon die im Berufe Stehenden nicht selten keine Beschäftigung finden. Wie soll da noch Raum sein für Neulinge? Auch die sonst so tüchtigen Berufsberatung stellen wissen nur von Ueberfüllung in allen Berufen zu sprechen und machen oft die jungen Menschen noch verzagter, als sie ohnehin sind. Nicht weniger wichtig als die Berufsfrage scheint mir aber die Entscheidung zu sein: soll das Kind in eine höhere Schule gehen? Denn je nach der Antwort, die die Eltern nach Beendigung des vierten Grundschuljahres des Kindes auf diese Frage geben, entwickelt sich alles Spätere, oft auch die Wahl des Berufes.

Wie in vielen andern Fällen lässt sich auch hier nicht mit einem unbedingten Ja oder Nein antworten. Zuweilen ergibt sich das Nein aus der traurigen wirtschaftlichen Lage der Eltern, die es als unmöglich erscheinen lässt, selbst dem begabtesten Kinde eine tiefere Bildung zu geben. Diese Fälle müssen und werden seltener werden. Wir müssen dafür kämpfen, dass das Wort "Freie Bahn dem Tüchtigen!" auch in der Praxis zu voller Geltung kommt. Mehr Freistellen in der Schulen und vor allem grössere Beihilfen für den Unterhalt müssen geschaffen werden, damit die Begabten in die höheren Schulen und dann weiter zum Studium geführt werden.

Es sollen also nur die Anlagen des Kindes und sonst nichts für die Entscheidung der Eltern massgebend sein. Wie steht es aber damit? Aus einer Klasse von 37 Kindern beispielsweise sollen 23 in die höhere Schule übergehen. Etwa weil sie dafür besonders geeignet sind? Ach, nein! "Grete Schmidt soll umgeschult werden. Nun, so viel wie Schmidts können wir uns auch leisten." Aus diesem Gedanken heraus geben Müllers ihre Trude gleichfalls in die höhere Schule und schaffen sich und dem Kinde dadurch ungezählte Stunden der Qual. Wer das Leben dieser Kinder kennt, die man zu Unrecht in die höhere Schule gebracht hat, der weiss, dass man es wirklich nicht anders als eine Quälerei nennen kann. Fortgesetzt werden Dinge von ihnen verlangt, zu denen selbst bei angestrengtestem Fleiss die Kräfte nicht ausreichen. Es ist ein fortwährendes Bangen vor der nächsten Stunde, der nächsten Klassenarbeit, der nächsten Zensur, der Versetzung, und endet schliesslich damit, dass das überanstrengte, nervöse Kind aus der vierten oder dritten Klasse der höheren Lehranstalt abgeht und mit seiner Bildung viel schlechter dran ist als ein Schüler, der die Volksschule aus der ersten Klasse verlässt. Auch bei der dann folgenden Berufswahl ist ein sogar mässiges Abgangszeugnis der Volksschule mehr wert, als ein Ausweis sogenannter höherer Bildung bis zur dritten Klasse, bei der die Schüler allerlei und selbst vielerlei angefangen haben, in den Elementarfächern jedoch nicht das erreichen, was jeder Volksschüler weiss. Also noch einmal: Höhere Schulbildung ist etwas Gutes und Erstrebenswertes für gut veranlagte Kinder. Die andern aber sind besser und richtiger aufgehoben in unsern wirklich guten Volksschulen.

K.H.

Strich in der Dämmerung.^x

SPD. Aus E. de Goncourt's unvergängliche Roman "Die Dirne Elisa", der, von Bernhard Jolles übersetzt, bei Kaden & Comp. in Dresden erschienen ist, drucken wir mit Genehmigung des Verlages das nachstehend Kapitel ab:

Jetzt war es Zeit. Elisa knüpfte sich einen weissen Schal um den Hals, setzte einen schwarzen, mit roten Geranien garnierten Samthut auf und zwängte sich in die mit Hasenfell gefütterte Jacke, die allen Mädchen des Hauses zur Verfügung stand und abwechselnd von ihnen getragen wurde. Ob es draussen regnete, schneite, stürmte oder fror, ob sie gesund oder krank war: Elisa war verpflichtet, ihre Stunde abzulaufen, und kein Wetter befreite sie von dieser Pflicht. Sie trat aus dem dunklen Hausflur, auf dessen feuchtglänzende Mauern die Treppenlampe einen rötlichen Schein warf, und gewann das Trottoir, das das Feld ihrer Tätigkeit war. Das Trottoir zog sich an alten, notdürftig instand gesetzten Baracken hin. Hie und da sprang ein im letzten Jahrzehnt entstandenes Haus, das die neue Bauflichtlinie innezuhalten gezwungen war, ein Stück zurück, und dazwischen wuchsen Prellsteine auf, die die Einfahrt in einen Hof flankierten. Wenn es einmal längere Zeit regnete, trat das Wasser aus dem Rinnstein und überschwemmte die Strasse.

Sie ging, mit trippelnden Schritten, auf dem Trottoir auf und ab, hob ihren Rock auf, drehte den Kopf nach links, nach rechts, sah sich um, sobald sie ein Paar Sohlen auf dem Pflaster klappern hörte, und flüsterte, wenn es ein männliches Wesen war: "Du, Kleiner, Hör' doch mal!" Sie ging und kam, raffte ihren Rock noch ein wenig höher und liess bis zum Knie die provozierende Weisse ihrer gut modellierten Beine umspannenden Strümpfe sehen. Sie ging und kam, wiegte sich in den Hüften und liess ihren gestärkten Unterrock rauschen, sodass es klang, als führe ein "eisigbesen über welches Laub. Sie ging und kam, trat jedem Vorübergehenden in den Weg, mit einem leisen Wippen des Körpers, das an die lästerliche Bewegung einer Cancantänzerin erinnerte. Sie ging und kam. Sie ging durch die Finsternis, streifte an feuchten Mauern hin; ein Schatten überhuschte oder der Lichtstreif einer Gaslaterne traf sie, zeigte ihre Rundungen oder ihre Schlankheit und die Anmut ihres Ganges.

Elisa ging das Trottoir hinauf und kehrte auf dem Trottoir zurück. Und dabei war sie zugleich schamvoll und herausfordernd, kühn und furchtsam, angriffslüsternd und zur Verteidigung bereit. Fünfzig Schritte - fünfundzwanzig, von der Haustüre aufwärts und fünfundzwanzig abwärts - umfasste Elisas vor-schriftsmässiger Geschäftsgang, dessen Grenzen das Haus Nr. 17 und ein leerer Bauplatz bildeten. Auf diesem Gange kam sie an der Werkstatt eines Stuhlflechters vorüber, der als Geschäftsschild, zwei Stühle mit durchlöchernten Rohrsitzen über seiner Türe aufgehängt hatte, dann bei einem Fleischabfallverkäufer, dessen eines, etwas zurückliegendes Fenster tagsüber von einem Schmalzbäcker gemietet war, vor einem Friseurladen, dann an dem schwarzen Haus, an dessen Fenstergitter der bei einer Schlägerei abgerissene Uniformkragen eines Liniensoldaten wie eine kleine Fahne im Winde flatterte... und wenn sie weiterging, sah sie den Eingang zu dem Weinschank, in dessen Hinterstube Sonntags getanzt wurde. Dann stand sie vor einem Handwagenschuppen, an den sich eine Darmsaitenspinne-rei anschloss, die mit blutrot gemalten Violinen auf sich aufmerksam machte. Und zuletzt kam ein Zaun, hinter dem die Ruine eines eingestürzten Hauses stand. Vor diesem Zaun wandte Elisa sich um und begann ihren Weg von neuem, missmutig darüber, dass sie gezwungen war, dieselben Häuser, dieselben Auslagen, dieselben Mauern sechzigmal in einer Stunde zu sehen.

Wenn sie es ermöglichen konnte, wählte Elisa für ihren Gang die Zeit, in der die Nacht den Tag in ihren mütterlichen Schoss aufnimmt. Sie liebte dieses

bleiche Licht, in dem die Konturen der Giebel verschwammen, das Blau des Himmels leise in ein dunstiges, silbernes Grau hinüberwechselte und in einer unwirklichen Ferne die zitternden Strahlen des Abendsterns über das verdämmernde Tageslicht zu triumphieren begannen.

Wie mit einem Zauberschlage löschte die Finsternis die letzten Tagesschatten aus, der Himmel färbte sich schwarz, die Dinge, die eben noch nahe waren und unverhüllt ihr hässliches Gesicht gezeigt hatten, schienen entrückt und wie verklärt durch das Dunkel, das ihre Blösse einhüllte. Vor den kleinen Hotels, die Zimmer für Tage und Stunden anboten, zündete ein schmieriger Hausknecht die runde, trübe brennende Laterne an. Die Strasse wurde menschenleer, und nur von Zeit zu Zeit stolperte ein Betrunkener, dessen Durst noch nicht gelöscht war, in die nächste Schänke, die er auf seinen unsicheren Beinen erreichen konnte. Die Läden wurden geschlossen. Aber im Schaufenster des Friseurs brannte noch eine flackernde Gaslampe und warf ihr Licht auf Pomadenbüchsen, auf Flaschen mit einer grün oder lila gefärbten Flüssigkeit und auf zwei kleine Büsten. Die eine stellte einen Negerknaben dar, mit roter Weste und himmelblauer Krawatte, der den Mund zu einem freundlichen Grinsen verzog und auf einem gelockten Kopf ein graues Hütchen trug. Die andere Büste war ein hübscher junger Mann mit blonder, sorgfältig gescheitelter Frisur, einer weissen, von einer Nadel zusammengehaltenen Krawatte und einem aufgedrehten Schnurrbärtchen. Dieser nette junge Mann, dessen Bäckchen rosig glänzten, hatte einen schwarzen Hut auf dem Kopfe und wirkte durchaus stutzerhaft.

Da Dinge, die im Hellen stehen, in der sie umgebenen Finsternis die Blicke auf sich ziehen, hemmte Elisa, so oft sie an den beiden Büsten vorüberkam, unwillkürlich den Schritt und starrte, ermüdet und abgestumpft vom ewig gleichen Trot ihres Weges, die beiden Puppen mit leeren Augen an. Plötzlich fuhr sie, wie erwachend, auf, zog den Rock fester um die Schenkel, warf den Kopf zurück und setzte ihren Marsch fort. Aber je öfter sie die ihr zugemessenen fünfzig Schritte auf dem glitschigen Pflaster ging, desto mehr verlor ihr Gang seine herausfordernde Straffheit und wurde müde und schleppend.

Dann verlosch auch das Licht im Friseurladen, und die Strasse vereinsamte vollends. Nur Elisa ging weiter hin und her, hin und her... und die einzige Begleitung, die sie fand, war ihr Schatten. Wenn sie an dem Bauzaun, dem Ziel ihres Weges, angelangt war und vor einem der weissen Plakate, mit denen man den Zaun überklebt hatte, stehen blieb, um Atem zu schöpfen, dann fiel ihr Schattenbild in seltsamer Verzerrung auf das helle Papier. Sie erschauerte, wenn sie es sah. Denn es glich den Karikaturen alternder Vorstadtdirnen, wie sie ihr beim Durchblättern eines Witzblattes zuweilen ein unerklärliches Frösteln über den Rücken gejagt hatten.....

Mussolini hat Sorgen.^x

SPD. Vor etwa zwei Jahren hat Mussolini in grösster Erregung seine Untertanen aufgefordert, sich ausgiebiger zu vermehren, um den unheimlichen Geburtenrückgang einzudämmen. Eine Menge Verordnungen gegen diese sträfliche Nachlässigkeit kam heraus, unter anderem auch die Junggesellensteuer. Der gewünschte Erfolg blieb jedoch aus.

Nun griff der Duce vor kurzem erneut zur Feder und veröffentlichte im "Popolo di Roma" einen Aufsatz, der die letzten Zahlen der Statistik bringt: Schritt für Schritt vollzieht sich der demographische Niedergang des italienischen Volkes. Der Duce meint, dass, bei gleichmässiger Geburtenabnahme, Italien in wenigen Jahren schon Frankreich werde unterboten haben.

Interessant ist die Beziehung von Geburtenverminderung und Sterblichkeits-erhöhung. Als Grund für diese erschreckende Erscheinung führt Mussolini die

Stadt an und beweist seine Annahme; in ganz Oberitalien sind mehr Sterbefälle als Geburten zu verzeichnen. Mussolini blickt düster in die Zukunft: die Stadt krankhaft ungeschwollen, das Land verwaist und brach.

Die "Agenzia di Roma" unterstützt die Ausführungen und Beweise des Duce durch Zahlen, aus denen klar ersichtlich ist, dass in fast ganz Italien die relative Geburtenzahl in den ländlichen Gebieten grösser ist als in den Städten. Für sein Volk bleibt also nur die Wahl zwischen einem sterilen Stadtstaat und einem kinderreichen Bauernstaat. Wie aber letzteres durchführen? Soll man den Städter zwingen, aufs Land zu ziehen? Und, gesetzt diesen Fall, würde er dann dort wohl auch sein Auskommen finden können??!!

Trotz der Prämien und Privilegien, trotz des abormaligen Mahnrufes zur Pflichttreue gegenüber dem Vaterland, die die Bevölkerungspolitik Mussolinis einschliesst, sieht der stirnrunzelnde Duce seine kategorische Aufforderung unbefolgt!.....

Die alte Zeitungsfrau.*

Wie angewurzelt sitzt sie an der Strassenecke,
- Leise rieselt der Regen -
Die kargen Reste einer warmen Decke,
Durchnässt, sich um die klammen Glieder legen,

In Menschenmeer auf kleiner Insel weilend,
Still kauend, tief gebückt,
Lächelnd sie dem Kunden dankt, der eilend
Ihr ein Geldstück in die welken Hände drückt.

Carl Bender.

SPD. Die Kunstfreundin. Der berühmte Maler Oskar Kokoschka besuchte eines Tages eine Ausstellung von Malern der romantischen Periode. Eine Dame, die er nur oberflächlich kannte, wandte sich an ihn: "Ich freue mich sehr, Sie zu sehen, Herr Kokoschka. Haben Sie auch hier ausgestellt?" Kokoschka korrigierte lächelnd die in Kunstdingen offenbar nicht sehr bewanderte Dame: "Nein, das liess sich leider nicht machen. Hier sind nur Werke längst verstorbener Maler ausgestellt." Mit bedauerndem Tonfall erwidert die Dame: "Ich finde es furchtbar schade, dass von Ihnen nichts dabei ist."

SPD. Der Himmel auf Erden.* Der kleine Ottokar betet alle Abend. Eines Abends sagt er: "Lieber Gott, mach mich fromm, dass ich in den Himmel domm!- "Das bet Ottokar nich mehr." Entsetzt fragt die Mama, warum er das nicht mehr beten wolle. "Ich will nicht in den Himmel domm."

"Aber warum denn nicht?"

"Jetzt, wo wir endlich die schöne neue Wohnung dedricht ham!"

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 11. Februar 1930.

Die neue Wohnungseinrichtung.^x

Von Albert Jean.

SPD. Cyprien öffnete mit gleichgültiger Miene den maschinengeschriebenen Umschlag, den seine Frau ihm reichte. Maschinengeschriebene Briefe hasste er, denn damit war nie etwas los. Als er aber diesen Brief gelesen hatte, entfuhr ihm ein Schrei der Überraschung.

"Was ist denn," fragte Caroline.

"Uns ist dergroße Gewinn der Tombola zugefallen."

"Caroline liess den Käse, von dem sie gerade etwas abschneiden wollte, zu Boden fallen. "Überzeuge Dich, bitte, davon, dass ich nicht lüge!" - Cyprien wies triumphierend auf den Brief, während Caroline las: "Geehrter Herr, ich habe das Vergnügen, Ihnen mitzuteilen, dass Ihre Nummer 3652 bei der Tombola der "Unverbesserlichen Humoristen" mit dem Hauptgewinn herausgekommen ist. Eine Palisanderholzeinrichtung steht von morgen ab in der Rue de Rennes 111 zur Abholung bereit. Hochachtungsvoll...."

"Eine Einrichtung aus Palisanderholz?" begeisterte sich Caroline.

"Was ist denn eigentlich Palisanderholz?" fragte Cyprien.

"Ach - das ist aussergewöhnlich feines Holz mit Bronzebeschlägen."

Sie betrachteten ihre alten Kiefernholzmöbel, über die sie sich einstmal so gefreut hatten, mit sauren Mienen und entdeckten plötzlich alle Mängel.

"Wenn man sich das vorstellt, dass man es wirklich fertiggebracht hat, acht Jahre lang zwischen diesen Möbeln zu hausen!"

"Wann willst Du die neue Einrichtung holen?" fragte Caroline.

"Morgen - ich werde eine Karre mieten und sie selbst abholen."

"Und ich werde den Wagen schieben helfen," versprach Caroline.

"Aber wohin wollen wir denn eigentlich die Möbel stellen?"

"Na - selbstverständlich hierhin - wohin denn sonst?"

"Aber hier, stehen doch schon die alten."

"Die alten! Ja - bildest Du Dir denn wirklich ein, dass ich den alten Plunder behalten will?" sagte er beleidigt, indem er einem Stuhl einen Stoss versetzte. "Das Gerümpel ist wirklich nicht mehr wert, als dass man es zu Brennholz zerhackt."

"Vielleicht würde Dein Bruder die Möbel kaufen? Er will doch nächstens heiraten und sieht sich augenblicklich Einrichtungen in den Läden an."

"Glaubst Du wirklich, dass er den alten Krempel nehmen wird?"

"Wir können's ja mal versuchen," meinte die praktische Caroline.

Cyprien war der Mann des schnellen Entschlusses. Sofort ging er mit seiner Frau zu dem Bruder. "Ich wünschte nicht, was ich lieber täte," antwortete dieser. "Aber ich kann nicht viel ausgeben. Was wollt Ihr denn dafür haben?"

"Du kannst sie für 600 Francs bekommen, wenn Du sie morgen selbst abholst."

Caroline empfand, trotz alledem einen stechenden Schmerz, als die alten Möbel am nächsten Morgen fortgetragen wurden. Cyprien bemerkte die kleine Träne, die in ihrem Auge perlte, und tröstete seine Frau. "Nimm es nicht so tragisch! Viele Leute würden uns beneiden, wenn sie ihre alten Möbel aus Kiefernholz mit feinen neuen Palisandermöbeln vertauschen könnten. Trockne nur deine Tränen und lass uns gehen!"

Ein seriöser Herr mit flatterndem Schlips und Hornbrille empfing das Ehepaar auf dem Kontor der "Unverbesserlichen Humoristen". "Sie wünschen?"

"Hm -" räusperte sich Caroline, "hm - wir - wir haben die Palisanderholzeinrichtung gewonnen!" stammelte sie.

"Ach so, und da wollen Sie sie gern abholen?"

"Ja - der Wagen steht draussen."

Der Mann mit der Hornbrille schielte sie von unten herauf an, drehte sich um, nahm eine Pappschachtel von dem Tische, der hinter ihm stand, und übergab sie Caroline und Cyprien. Da jedoch die glücklichen Gewinner durchaus keine Miene machten, irgendwie dazu Stellung zu nehmen, sagte er: "Na, worauf warten Sie denn noch?" Die Eheleute starrten sich entgeistert an: " - - aber - -?". Der seriöse Herr ergriff eine Schere und durchschnitt das Band, mit dem die Schachtel verschnürt war. Dann lüftete er den Deckel und sagte toderntst: "Beachten Sie die gute Qualität und die feine Ausführung! Sie können lange suchen, bevor Sie eine Puppenstubeneinrichtung finden, die so hübsch ist wie diese!"

Giordano Bruno. X

SPD. Vor 330 Jahren - am 17. Februar 1600 - flammte in Rom auf Befehl der katholischen Kirche der Scheiterhaufen, auf dem Giordano Bruno, einer der besten, freiesten und kühnsten Männer, verbrannt wurde. Wie eine Meute blutgieriger Wölfe war die hohe Geistlichkeit über diesen Mann hergefallen, dessen Körper sie wohl vernichten konnte, ohne dass es ihr aber gelang, seine Gedanken zu zerstören. Wir können uns heute kaum noch vorstellen, dass die Lehre des Kopernikus von der Drehung der Erde um die Sonne, die uns allen so selbstverständlich erscheint, einmal die Geister aufs höchste erregt hat, weil sie eben alles Veraltete über den Haufen warf und den Menschen aus seiner Stellung als Mittelpunkt der Welt und Endziel der Schöpfung verdrängte. Das Blut vieler Märtyrer klebt an dieser Lehre.

Einer der grössten und begeistertsten Kämpfer für diese neue Erkenntnis war Giordano Bruno, der im Jahre 1548 zu Nola geboren wurde. Seine Herkunft war keine sehr vornehme, denn seine Familie war arm. In seinem 15. Lebensjahre trat er als Novize in das Kloster des heiligen Dominikus in Neapel ein, höchstwahrscheinlich, um sich trotz seiner Armut den Wissenschaften widmen zu können. Es ist begreiflich, dass sich ein so freiheitsliebender Genius schon frühzeitig gegen den geistigen Zwang des Klosterlebens auflehnen musste. Zu eng wurde ihm die Welt des Mittelalters, "als des Kopernikus mahnendes Wort an die Pforten der Jünglingsseele ihm pochte." Durch freie Meinungsäusserungen und durch das Lesen verbotener Bücher machte er sich verdächtig. Als der Provinzial seines Ordens im Jahre 1575 eine schwere Anklage wegen Ketzerei gegen ihn einreichte, entfloh er aus dem Kloster, legte die Mönchskutte ab und streifte als Privatlehrer durch die italienischen Städte. Aber nirgends war unser Flüchtling sicher; überall lauerten die Spürhunde der Inquisition. So wurde er, der Sohn des Südens, über die Alpen in die unfreundlichen nördlichen Länder gejagt. Ruhelos wanderte er, Erwerb und Unterhalt suchend, durch die Schweiz, durch Deutschland und Frankreich bis nach England. Im Hause des französischen Gesandten Michel de Castelnau verlebte er die glücklichste Zeit seines Lebens. Durch eine Schrift über Gedächtniskunst erwarb er sich die Lehrfreiheit an der Universität Oxford. Als er aber bei einer Feier der Universität in einer grossen Disputation für das kopernikanische Weltsystem eintrat, hatte er die ganze Oxford Professorenschaft gegen sich. Mittelalter und Neuzeit kreuzten die Klängen. Da es den Professoren nicht gelang, die Ansichten des unangenehmen Neuerers zu widerlegen, so entzogen sie ihm die Lehrfreiheit.

Bei dem Gedanken an Kopernikus fühlte sich Bruno wie von Fesseln befreit.

Kristallene Sphären hatten bisher die Welt wie Gefängnismauern umschlossen; nun brachen sie entzwei, und die Welt wurde gross und weit. Die unendlich vielen Welten am Himmel sind alle einander ähnlich. Die Tausende von Fixsternen, die wir am nächtlichen Firmament funkeln sehen, sind Sonnen, um welche Planeten kreisen, wie um unsere Sonne. Was die Wissenschaft, die Spektralanalyse, fast drei Jahrhunderte später erforschte, das hat dieser Philosoph bereits vorausgesehen.

Aber die Sehnsucht nach seiner Heimat hatte Bruno nicht verlassen. Sie wurde so stark, dass sie die Stimme der Vernunft übertönte. Ein "Edelmann" - Giovanni Mocenigo ist der Name des Erbärmlichen - schrieb an Bruno und lockte ihn nach Venedig, angeblich, um seinen Unterricht zu geniessen. Bruno folgte dem Rufe. In der Nacht zum 22. Mai 1592 drang der "Edelmann" mit sechs handfesten Männern in das Schlafgemach seines Lehrers ein und liess ihn gefangen nehmen. Nun begann ein aufreibender Prozess. Die Inquisition wollte aus Bruno Geständnisse herauspressen und bedrohte ihn mit der Folter. Man schleppte ihn von Venedig nach Rom und hielt ihn dort acht Jahre lang im Kerker gefangen. Durch die jahrelange Gefangenschaft wuchs aber erst recht die Stärke von Brunos Geist und Charakter. Als er zum letztenmale vor seinen Richtern stand, sprach er, das Todesurteil anhörend, mit ruhigem Ernste das Wort: "Mit grösserer Furcht verkündet ihr das Urteil, als ich es hinnehme!"

Am 17. Februar 1600 bestieg Bruno den in Rom errichteten Scheiterhaufen, nachdem seine Richter in ihrem Blutdurst ihm vorher noch die Zunge hatten herausreissen lassen. Der Papst feierte sein Jubiläum. Unzählige Pilger aus aller Herren Länder waren in der ewigen Stadt anwesend. Die höchsten Würdenträger der katholischen Christenheit, versammelt um ihr Oberhaupt, den Stellvertreter Jesu Christi, ergötzten sich hier am Todeskampfe des Philosophen. Über dessen Lippen aber kam kein Laut, kein Schrei, und als ihm, dem mit dem Tode Ringenden, einer der Henkersknechte ein Christuskreuz vor die Augen hielt, wandte er mit stummer Verachtung sein Haupt.

So starb der "Fürst der Ketzer", einer der besten Menschen und grössten Philosophen. Wir aber wollen dafür sorgen, dass es den Mächten der Finsternis nie wieder gelingt, mit ihren Polypenarmen die Menschheit zu umklammern. Das sei der Dank, den wir Giordano Bruno, dem unermüdlchen Kämpfer für Geistesfreiheit, schulden.

Erich Krug.

Die andere Seite.^x

SPD. In einem kleinen Restaurant hier unten an der Mittelmeerküste Frankreichs, das wie die meisten Lokale in dieser Gegend halb französisch und halb italienisch ist, nehme ich täglich meine Mahlzeiten ein. Die Leute sind herzlich und freundlich, ein Kauderwelsch von Sprachen schwirrt durch den kleinen Raum, und so fällt der schlechte Akzent des Fremden kaum auf.

Der Wirt steht hinter einer kleinen Theke und füllt Rotwein in die runden Viertelliterkaraffen, die ebenso selbstverständlich wie Messer und Gabel neben jeden Gast gestellt werden, da der Wein ebenso wie das Brot in die Speisen einberechnet ist. Der Wirt tut den ganzen Tag nichts anderes als Wein umzufüllen, aber das allein schon gibt ihm dauernde Beschäftigung.

Heute nun setzte sich schweigend ein Mann neben mich und begann bald den Wirt unverwandt anzustarren. Auch der Wirt sah herüber und liess seinen Blick nicht mehr von dem Fremden. Sie überlegten. Plötzlich liess der Wirt seine Weinflaschen stehen, kam auf den Fremden zu, fasste ihn bei beiden Schultern, und beide sagten gleichzeitig: "Kamerad!"

Es waren Kriegskameraden. Zwölf Jahre lang hatten sie sich nicht mehr gesehen. Und jetzt begannen sie alte Erinnerungen auszutauschen. Der Wirt zog

sich einen Stuhl heran und setzte sich neben den Fremden. Bekannte Ortsnamen fielen, Namen bekannter Schlachten. Ganz wie bei uns. Seltsames Gefühl: das zu hören und zu sehen.

Nur die Kellnerin, die sonst immer so lustig und guter Dinge ist, wurde ernst.

"Was haben Sie?"

"Ich höre das nicht gern."

"Vom Krieg?"

"Ja."

"Warum?"

"Warum? Wer hört denn gern davon? Mein Bräutigam ist an der Somme gefallen Mein Bruder in Italien."

"Aber wir haben wenigstens gewonnen," mischte sich ein altet, weisshaariger Herr, der seine Suppe löffelte, in das Gespräch ein.

"Gewonnen?" meinte die kleine Kellnerin. "Herr, macht das die Toten wieder lebendig?"

Mario Mohr.

Russische Filmpropaganda.

SPD. Dem Sowjetstaat muss die Kunst Vorspanndienste leisten. Von Moskau aus hat sich die Reform des Theaters vor etwa einem Jahrzehnt angebahnt, und die Regierungsmänner taten, als wäre das ihr Werk - trotzdem sie die Schauspielhäuser mit keiner Kopeke subventionieren. Das Theater ist inzwischen, wie überall in der Welt, heruntergekommen. Umso eifriger nützt man den Film zu Propagandazwecken aus. Niemand wird bestreiten können, dass der "Panzerkreuzer Potemkin" seinerzeit eine neue Ära der Lichtspielkunst heraufgeführt hat. Bis auf den heutigen Tag ist jener Film noch nicht übertroffen worden. Wobei man freilich zweierlei in Rechnung zu ziehen hat: die finanzielle und moralische Unterstützung der Produktion durch den Staat, und die frische, ungebrochene künstlerische Begabung, die wie eine Naturkraft in diesem noch jungen Volke schlummert und sich auch schon in zaristischen Zeiten überraschend geoffenbart hat.

Die Bolschewiki sind Meister der Propaganda. Sie haben ganz behutsam angefangen: mit "Polikuschka", einer Novelle von Tolstoj von allgemeinmenschlichem Inhalt. Auch der "Potemkin" war zwar revolutionär, aber keineswegs kommunistisch gewesen. Ebensowenig Pudowkins "Mutter" oder Eisensteins "Streik". Mitunter war sogar, wie in "Bett und Sofa", in "Die von der Strasse leben", so etwas wie eine objektive Schilderung russischer Zustände versucht worden. Seit etwa drei Jahren macht sich jedoch ein neuer Kurs bemerkbar - genau wie in der Politik. Man begnügt sich nicht mehr mit der Verherrlichung der Revolution im allgemeinen, sondern man macht Stimmung für die einzig wahre, die bolschewistische Revolution, das Sowjetsystem. Das begann, noch einigermaßen vorsichtig, mit den "Letzten Tagen von St. Petersburg", wurde dann aber mit einem Male überdeutlich in "Zehn Tage, die die Welt erschütterten", und setzte sich fort in "Turksib", der, freilich grandiosen, Darstellung des Bahnbaues zwischen Turkestan und Sibirien.

Seit Jahren arbeitete Eisenstein, der "Potemkin"-Regisseur, an der "Generallinie", der Darstellung des Agrarproblems. Der Auftrag für den Jubiläumsfilm der Sowjetunion, eben jene "Zehn Tage", riss ihn aus dieser Arbeit. Jetzt endlich wird die "Generallinie" unter dem verständlicheren Titel "Der Kampf um die Erde" in Berlin gezeigt. Die lange Vorbereitung ist diesem Werke zugute gekommen: im Gegensatz zu den "Zehn Tagen", die ziemlich skrupellos zusammengehauen sind und ihrem Schöpfer wenig Ehre machen, ist hier eine ungemein sorgfältige, in den Einzelheiten unübertreffliche Arbeit geleistet worden.

Der kleine Bauer, Ausbeutungsobjekt des Grossgrundbesitzers, des "Kula-

ken", der Geistlichkeit, die bei grosser Dürre Bittprozessionen veranstaltet, und der Moskauer Bürokratie, die vom grünen Tisch aus dekretiert, wird uns in seinem Elend und seiner Hilflosigkeit vor Augen gerückt. Ein Jammer, dass diese prachtvollen Ansätze zu einer Schilderung der russischen Wirklichkeit -- es ist das Schicksal von hundert Millionen Menschen, die ein Sechstel der ganzen Erdoberfläche bewohnen -- ersticken unter dem befohlenen "Happy End": Rettung der verelendeten Bauern durch den Staat, durch die von Moskau aus eingeführte Ländliche Genossenschaft. Mit Maschinen, die von der Regierung bewilligt werden, wird die Blüte der Landwirtschaft über Nacht erzwungen. Selbst wer die wirklichen Verhältnisse in Russland nicht kennt, wird an diesen plötzlichen Segen von oben, wie er hier dargestellt wird, nicht glauben. Auch in diesem wundervollen Film klafft eine Lücke zwischen Einst und Heute. Was nützen Maschinen, wenn Saatgetreide, Vieh und Düngemittel fehlen? Und der Kommissar aus der Stadt kommt nicht nur als der uneigennützigste Wohltäter, sondern er bringt die Zuchtrute des Steuerexekutoren mit. Die paar landwirtschaftlichen Mustergüter mit ihren allermodernsten Errungenschaften, von denen man sich alles abholen kann, sind im Verhältnis zu der ungeheueren Ausdehnung des Landes ein Tropfen auf den heissen Stein.

Immerhin ist der "Kampf um die Erde" golden gegen den plumpen Schwindel, den der "Mann, der das Gedächtnis verlor" vorführt. Da kommt ein durch einen Kopfschuss halb idiotisch gewordener Muschik in die Hauptstadt, meint das alte "St. Petersburg" wiederzufinden und findet "Leningrad" -- leider nicht das wirkliche, sondern eine Fata Morgana mit Wolkankratzern und lauter strahlend glücklichen Menschen. In der Staatlichen Fabrik, in die er eintritt, werden die Arbeiter wie die Fürsten bewirtet und bei Tische durch wissenschaftliche und musikalische Vorträge ergötzt. Herrliche Brausebäder gibt es und schöne, gesunde Wohnungen, und jeder Arbeiter ist zugleich der Chef des Unternehmens! Auch unser halbvertierter Muschik wird Chef und verwandelt sich in einen hochintelligenten Kulturmenschen. Zum "Happy End" entreisst er seine Frau den Klauen eines nichtsnutzigen "Burschoi", der sie ihm weggenommen hatte, und führt sie einer überaus glücklichen Zukunft entgegen. Und wem verdankt man alle diese Wunder? Einzig und allein dem alleinseligmachenden Sowjetstaat.

Wenn sie in Moskau mit der Bauernfängerei so weitermachen, dann wird der Russenfilm auch künstlerisch sehr schnell auf den Hund kommen.....

Hermann Hieber.

Das verbesserte Schulzeugnis.

SPD. Als ich die Elementarschule besuchte, begann das Zeugnis mit den Rubriken: Aufmerksamkeit, Ordnungsliebe, Fleiss, Sittliches Verhalten. Höchster Ehrgeiz aller Schüler, auch jener, ja, gerade jener, die in den Lernfächern schlecht abschnitten, war es, wenigstens "vorn die vier Einsen" zu haben. Wer galt als aufmerksam? Wer die Überwindung aufbrachte, selbst vor der langweiligsten Kathederrede sich nicht in das Amusement des Spiels mit dem Federkasten zu flüchten. Wer galt als ordnungsliebend? Wer die Veranlagung zum korrekten Oberkanzleisekretär schon in kurzen Hosen dokumentierte. Wer galt als fleissig? Wer auch an den frohesten und strahlendsten Sommertagen sich niemals dazu verleiten liess, den Katechismusspruch ungelern zu lassen. Wer verhielt sich sittlich? O, das war das kritischste Kapitel. Einmal war einer meiner Mitschüler dabei ertappt worden, wie er die Konturen eines weiblichen Wesens mit betont üppiger Brust zu Papier brachte. Riesenaufregung in der Klasse. Der Lehrer eilte zum Rektor. Konferenz über Konferenz Schliesslich kam die schmachvollste Brandmarkung! -- eine 3 im "sittlichen Verhalten" für den Wollüstling heraus. Im Grunde war seine Phantasie gewiss nicht-verdorben

gewesen als die seiner Mitschüler, die sich wahrscheinlich auch schon einmal Gedanken gemacht hatten, wenn sie etwa ihre erwachsene Schwester bei der Morgentöilette beobachtet hatten. Sein Delikt hatte also weniger in der Konzeption einer sexuellen Idee als in der Neigung bestanden, sich zeichnerisch vom Druck seiner Ideen zu entlasten. Einem sehr fortschrittlichen Pädagogen hätte die kindliche Zeichnung vielleicht sogar einen Hinweis auf sehr positive Qualitäten des Unglücksrabens bedeutet. Aber das sind alles Erwägungen, die unserem Pauker nicht im entferntesten lagen. Der Junge hatte sich "unsittlich verhalten" und galt als verworfenes Subjekt.

Heute ist manches im Schulwesen besser geworden. Die Erziehungswissenschaft und die Erziehungspraxis sind fortgeschritten. Ab Ostern soll nun in Preussen eine neue Reform durchgeführt werden. "Aufmerksamkeit" und "Betragen" die Überreste der vergangenen Viereinigkeit, werden vom Volksschulzeugnis verschwinden. Es ist keine Frage, dass Fälle denkbar sind, in denen die Unaufmerksamkeit und das Missbetragen eines Schülers Formen annehmen, denen gegenüber nachsichtiges Verschweigen nicht am Platze wäre. Aber das sind Sonderfälle, für die immer Sondermassnahmen getroffen werden können. Für den Regelfall hat es schon recht viel für sich, die wenig sagende, sich aus Zufälligkeiten oder Missverständnissen herleitende Zensurierung der sittlichen und charakterologischen Eigenschaften eines Schülers in Wegfall kommen zu lassen. Dem preussischen Unterrichtsministerium erteilen wir für die Aufmerksamkeit, mit der es den modernen pädagogischen Theorien zu verfolgen scheint, und für das loyale Betragen gegenüber den Ideen der Schulreform ein aufrichtiges und wohlverdientes "Sehr gut!"

Drago.

SPD. Aliboron redivivus.^x Aliboron war vor dem Kriege ein Kunstmaler in Paris. Ein - vierbeiniger Künstler, den sein Herr zum Meister des Hyperrepressionismus ernannte. Der Esel Aliboron wurde mit einem Pinsel bewaffnet; mit dem (an den Schweif gebundenen) Borstenbüschel fertigte er sodann zum grössten Gaudium des Pariser Publikums "Gemälde" an. Die also bemalten Leinwandstücke wurden öffentlich ausgestellt und, so grotesk es auch klingen mag, für schweres Geld verkauft. Kürzlich ist Aliboron zu neuem Leben erweckt worden. Allerdings sind diesmal die Preisrichter die Esel, nicht der Künstler. Anlässlich der letzten jurysfreien Kunstausstellung in London wurde nämlich kurz vor Schliessung der Sonderschau die Prämie eines Kunstmäzens einem Bilde verliehen, das versehentlich verkehrt aufgehängt worden war. Das Bild hiess "Frühlingszauber", sein Maler James Mulhall.

SPD. Wohnungsreiche Maler.^x Der bekannte französische Stilleben-Maler Antoine Bollon besass in verschiedenen Stadtteilen von Paris nicht weniger als 35 Zimmer, in denen sich oft nicht mehr als eine Staffelei und ein Stuhl befanden. Diese Wohnungen dienten ihm als Ateliers und als Versteck vor lästigen Besuchern vor denen er eine grosse Scheu hatte. Er verwischte obendrein seine Spur, indem er alle 14 Tage eine neue Wohnung bezog. In einer Strasse besass er sogar zwei einander gegenüberliegende Wohnungen. Sein Kollege und Freund Charles Monselet hatte die gleiche Gewohnheit; er mietete fortwährend neue Wohnungen und zog von der einen in die andere, aber nicht, um, wie Bollon, vor Besuchern sich zu verbergen - sondern um seinen zahlreichen Gläubigern zu entgehen.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachf.

30)

SPD. Er bückte sich und zog gebeugt Cooks schweren Körper die wenigen Schritte zum Grabe hinüber...

Bald war nichts mehr von den beiden Freunden zu sehen; nur ein flacher Erdhügel, der mit Füßen und Spaten abgeflacht war, erhob sich...

Langes Schweigen... das endlich vom Sergeanten unterbrochen wurde. "Und wie", sagte er langsam und schwer, als ob er im Schlafe spräche, "Wie um Gottes willen sind sie hergekommen?"

Abelson fuhr herum, sein Mund öffnete sich, und der kleine Spaten fiel zu Boden. "Zum Teufel! Daran habe ich noch gar nicht gedacht... sie lagen gerade nach dem ersten Schuss schon da."

"Ja", sagte der Sergeant, "und wir waren ein paar Minuten später hier..."

"Was meinen Sie..." Abelsons Stimme klang wie vor Schrecken gebrochen und abgerissen; er fing verschiedene Sätze laut an, die alle in Schweigen verflatterten. "Aber wie beim... Sie könne doch nicht aus... heruntergefallen... Das ist doch... das ist doch..."

"Ausser natürlich, wenn..." antwortete der Sergeant, "das ist es! Der verrückte Kerl hat geschlafen... Natürlich... der Araber hat sie hergeschleift... Sanders hat ihn nicht gesehen, bis er ganz nahe war... So muss es gewesen sein. Wenn nicht, dann stehe Gott uns bei... aber so war es."

Abelson seufzte erleichtert. "Richtig. So war es... der räudige Hund! Wenn es nun ein Dutzend gewesen wären... was dann? Sie wären über uns gewesen, ehe wir etwas gemerkt hätten." Seine Finger umklammerten des Sergeanten Handgelenk. "Warum haben sie sie hergebracht?" fragte er heiser. "Wie? Warum?"

Der Sergeant schüttelte müde den Kopf. "Wie soll ich das wissen... Wie soll das überhaupt einer wissen... Sie sind verdammte Teufel... darum..." Er lachte mit freudlosem Ton. "Gemeine, verdammte Teufel! Wahrscheinlich... wollten sie es uns nur zeigen..."

Langsam wandte er sich um; er riss sich augenscheinlich mit Gewalt zusammen und sagte scharf, mit übertriebenem Kommandoton wie auf dem Kasernenhof:

"Sehen Sie mal zu, wo Sanders ist. Los, Abelson. Einzelne Posten gibt's heute nacht nicht - wir müssen alle wachen."

"Die Schweine werden wohl nicht zweimal kommen," antwortete der Jude, "nicht in derselben Nacht."

"Holen Sie Sanders", schnarrte der Sergeant. "Sie sind wohl verrückt? Haben Sie nie von einem doppelten Bluff gehört?"

Damit ging er zu Morelli zurück, während Abelson eine Fratze schnitt und unter den Bäumen verschwand.

"Etwas Neues?" fragte der Sergeant, als er neben Morelli stand.

"Nichts - gar nichts." Er deutete auf den glitzernden Sand, wo der dunkle Fleck das Silber unterbrach.

"Das ist einer von ihnen," erwiderte der Sergeant, "Aber wie viele sind da noch... zwei, denke ich, oder drei... Nein, vielleicht vier oder fünf, weil sie von denen Verstärkungen bekommen haben, die Jock und Cook gefasst haben... Und da wir nichts sehen können, mag der Herrgott wissen, wie viele es sind... Aber ich glaube, nicht mehr als fünf... sonst hätten sie angegriffen." Er schwieg einen Augenblick. "Bleiben Sie her," fügte er hinzu, "ich will mein Hemd holen - wir werden alle bald wieder bei Ihnen sein."

Er ging schnell zur Hütte; als er zehn oder fünfzehn Meter von ihr entfernt war, hörte er Abelsons Stimme: "Sanders! Sanders! Wo zum Teufel steckst du denn? Antworte doch, du heiliges Ungeziefer! Wo bist du?"

Dann sah er Abelson aus dem Schatten östlich der Hütte auftauchen, durch

eins der Fenster in ihr Inneres blicken und hörte seinen triumphierenden Ruf: "Komm 'raus da, du räudiges Biest!" Dann verschwand der Suchende im Eingang.

Mit einem Male ertönte ein seltsames Geräusch, gerade als er zu laufen begann, weil er nicht wollte, dass Sanders niedergeschlafen würde. Es ertönte ein Klirren, und er beeilte sich, während er sich überlegte, was es zu bedeuten haben könne... es mussten die Säbel gewesen sein... einer der beiden hatte wohl die Pyramide der elf Klingen umgestossen, die seit ihrer Ankunftsnacht in einer Ecke stand.

Er lächelte grimmig über sich selbst und die wilden Erinnerungen, die das metallische Klirren in ihm weckte, und mässigte seinen Schritt, aber plötzlich sauste er mit höchster Geschwindigkeit über die wenigen Meter, die ihn von der Hütte trennten; es war ihm eingefallen, die Säbel standen gar nicht in einer Pyramide, so dass sie nicht umgeworfen werden konnten. Sie lagen auf einem Haufen, und mussten also vorher mit Absicht aufgenommen worden sein, ehe sie fallend zu klirren vermochten.

So lief er, aber doch nicht schnell genug, denn als er die Tür noch nicht ganz erreicht hatte, drang ihm verworrenes Geräusch entgegen: leise, kurze Flüche Abelsons, hohe, schrille, unzusammenhängende Bibelstellen aus Sanders' Munde... dann eine so unvermittelte Stille, dass sie erschreckend wirkte.

Aus der Tür fiel Abelson dem Sergeanten in die Arme.

"Nehmen Sie sich doch zusammen", sagte der Sergeant, "Was zum..."

Er verstummte, der Körper in seinen Armen war schlaff. Er legte ihn nieder und ein Mondstrahl zeigte ihm ein gähnendes Loch an Stelle des rechten Auges und des oberen Teiles der Wange...

Dann stürmte eine wilde, schwatzende, zu drei Vierteln nackte Gestalt aus der Hütte, die einen blanken Kavalleriesäbel mit dunkel glänzender Spitze krampfhaft in der Hand hielt. Aus ihrem Munde floss zwischen unzusammenhängenden Worten flockiger Speichel.

Es schien dem Sergeanten, dass der Wahnsinnige ihn angreifen wollte; so bückte er sich, sprang vorwärts und ergriff die knöchigen Beine des Rasenden fest am Knöchel. Sanders flog vornüber, sein Kopf schlug mit lautem Krach auf den Boden, dann lag auch er still.

Der Sergeant kniete bei dem kindlich zusammengesunkenen Körper Abelsons nieder und überzeugte sich von der Wahrheit dessen, was er bereits gewusst hatte. Auch hier war Tod...

Eine Zeitlang verharrte er in unveränderter Stellung und starrte vor sich hin, ohne etwas zu sehen. Er fühlte sich ganz stumpf, wie jemand, der in einer leichten Chloroformbetäubung zwar nicht bewusstlos ist, aber nicht denken oder handeln kann.

Er schreckte auf: von den Bäumen her krachte Morellis Karabiner, mehr Schüsse und lautes Rufen folgten.

Der Sergeant sprang auf und über die beiden Liegenden, einen Toten und einen Bewusstlosen weg, eilte er in die Hütte und kam mit zwei Karabinern, drei Patronengurten und zwei Feldflaschen zurück. Wieder setzte er über die beiden Körper und rannte zu Morelli, neben dem er sich niederwarf.

Morelli feuerte bedächtig und sorgfältig in unregelmässigen Abständen nach bestimmten Zielen; auch der Sergeant begann zu schießen, es bedurfte keiner Worte.

Fortsetzung folgt.